

## Zusammenstellung wichtiger Ereignisse in den Bereichen

### Verkehr, Energie, Umwelt, Finanzen

2015

(Stand: 05.01.2016)

- 21.12. **Kantonale Parkplatzgebühr im Tessin** – Das Kantonsparlament des Tessins hiess eine Vorlage gut, von allen Einkaufszentren und Unternehmen, die mindestens 50 eigene Parkplätze aufweisen, einen täglichen Obolus von 1 bis 3 Franken 50 Rappen für jeden einzelnen „Posteggio“ zu verlangen. Diese Nutzungsgebühr wird auf den 1. Januar 2016 eingeführt und soll die chronisch verstopften Tessiner Strassen entlasten, indem sie die Pendler fürs Car-Pooling und den öffentlichen Verkehr sensibilisieren. Zudem bechert sie dem finanziell gebeutelten Kanton jährliche Mehreinnahmen von 18 Millionen.  
(NZZ 21.12.15)
- 18.12. **Sechsspurausbau von A1-Abschnitt Luterbach-Härkingen genehmigt** – Der Bundesrat hat den Sechsspurausbau der Autobahn 1 zwischen den Verzweigungen Luterbach und Härkingen zugestimmt. Zusammen mit der Erneuerung des gesamten Abschnittes belaufen sich die Kosten auf rund 818 Millionen Franken. Das Geld stammt aus dem Infrastrukturfonds und dem Budget für den Unterhalt. Die Bauzeit beträgt mindestens sechs Jahre, der Baubeginn ist ab 2022 geplant. Der Ausbau der A1 auf sechs Fahrspuren soll Stau reduzieren und Ausweichverkehr durch die Dörfer vermeiden helfen.  
(NZZ 19.12.15)
- 12.12. **Weltklimagipfel in Paris billigt weltweites Klimaschutzabkommen** – In Paris hat die Staatengemeinschaft nach vierjährigen Verhandlungen ein neues Abkommen zum Klimaschutz verabschiedet, welches die Klimapolitik für die Zeit nach 2020 regelt. Im Mittelpunkt des Paris-Abkommens steht das Ziel, die durch Treibhausgase verursachte Erderwärmung auf klar unter 2 Grad zu begrenzen. Die Bemühungen, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen, sollten zudem fortgesetzt werden. Laut Vertragstext soll der Ausstoss von Treibhausgas möglichst bald sinken. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts sollen dann nicht mehr Treibhausgase ausgestossen werden als an derer Stelle, etwa von Wäldern, aufgenommen werden können. Es fehlen allerdings verbindliche Emissionsreduktionsziele und Sanktionsmechanismen. Das in Paris beschlossene Abkommen verpflichtet alle Staaten, national definierte Emissionsreduktionsziele zu formulieren und einzureichen. Bisher haben 188 Staaten

ihre nationalen Klimaziele bei der Uno eingereicht. Diese genügen jedoch nicht zum Erreichen der Temperatur-Fernziele. Deshalb sollen sie ab 2023 alle fünf Jahre überprüft und wenn nötig verstärkt werden.

(BaZ 14.12.15; NZZ 14.12.15)

- 11.12. **Bundesrat gibt grünes Licht für den Halbanschluss Grono** – Der Bundesrat hat das generelle Projekt für den Halbanschluss Grono der Autobahn A13 genehmigt. Das Bauwerk soll den Ortskern von Grono (GR) entlasten. Das Projekt sieht auf der Höhe von Grono eine Autobahneinfahrt in Richtung Nord-Süd und eine Ausfahrt in Richtung Süd-Nord vor. Die Kosten für den Halbanschluss gehen vollumfänglich zulasten des Bundes und belaufen sich auf ungefähr 100'000 Franken.

(Info Astra 11.12.15)

- 10.12. **Kosten und Finanzierung des Verkehrs 2012** – Der motorisierte Strassenverkehr kostete im Jahr 2012 74 Milliarden Franken, der Schienenverkehr 11 Milliarden Franken. Allerdings darf dabei nicht vergessen werden, dass auf der Strasse sehr viel mehr Personenkilometer zusammen kommen als der Bahn. Im Vergleich zu 2010 ergab sich für diese beiden Verkehrsträger ein Kostenanstieg von 4 beziehungsweise 6 Prozent. Am stärksten gestiegen sind die Kosten des Personenverkehrs auf der Schiene (7%) und die des Strassengüterverkehrs mit leichten Fahrzeugen (11%). Dies sind die aktuellen Ergebnisse der Statistik der Kosten und Finanzierung des Verkehrs des Bundesamts für Statistik. Während der private Strassenverkehr sich fast 90 Prozent selbst finanziert, sind es bei der Schiene nicht einmal 50 Prozent. In der Gesamtkostenrechnung inklusive die Infrastrukturkosten, Verkehrsmittelkosten und von Dritten getragene Kosten kam der motorisierte Personenverkehr 2012 auf Kosten von 51 Milliarden Franken. 46 Milliarden Franken davon (oder rund 90%) bezahlte der Autofahrer selbst aus der eigenen Tasche via Strassenverkehrsabgaben, Treibstoffzölle oder die Fahrzeugversicherung. 10 Prozent (oder 5,4 Mrd. Franken) bezahlte der private PW-Verkehr auf der Strasse nicht selbst, dafür kam die Allgemeinheit auf.

Der Personenverkehr auf der Schiene schnitt wesentlich schlechter ab, wenn man ein Verursacherprinzip als Massstab zugrunde legt: von den Gesamtkosten von 8,8 Milliarden Franken waren lediglich 4,2 Milliarden Franken durch Billetpreise gedeckt – den Rest von 4,6 Milliarden Franken (oder 51,5%) wurde von der öffentlichen Hand, dem Staat und der Allgemeinheit getragen.

Der öffentliche Strassenverkehr (Busbetriebe) schnitt sogar noch schlechter ab, wenn man auch hier wieder das Verursacherprinzip als Massstab nimmt: von den Gesamtkosten von 3,5 Milliarden Franken waren lediglich 1,4 Milliarden Franken durch Billetpreise gedeckt, den Rest von 2 Milliarden Franken (oder 58%) musste die Öffentlichkeit in der Schweiz übernehmen.

(BFS-Bericht Kosten und Finanzierung des Verkehrs, Strasse und Schiene 2012; AR Nr. 51/2015)

- 10.12. **Volkswagen gibt Entwarnung** – Bei 800'000 Autos seien die Verbrauchsangaben möglicherweise geschönt, hatte VW Anfang November erklärt. Alles nur halb so wild, heisst es jetzt. Nur bei wenigen Modellen gebe es geringe Abweichungen. Eine Überprüfung habe ergeben, dass bei fast allen Modellen des Konzerns der angeschriebene dem festgestellten Verbrauch entspreche, heisst es jetzt. Dies bedeutet auch, dass die Kunden aller Voraussicht nach keine Fahrzeugsteuern nachzahlen müssen, die sich in Deutschland und in gewissen Schweizer Kantonen auch nach den CO<sub>2</sub>-Emissionen

richten.

(NZZ 10.12.15)

**07.12. Mehr Güterverkehr auf Strasse und Schiene denn je** – Der Güterverkehr auf Strasse und Schiene hat 2014 um 2,8 Prozent zugenommen und damit einen neuen Höchststand erreicht: Die Zunahme auf der Schiene fiel deutlicher aus als auf der Strasse. Die Bahn erreichte den grössten Marktanteil seit 2008. Dies geht aus der Gütertransportstatistik des Bundesamts für Statistik (BFS) hervor.

2014 betrug die Transportleistungen auf Strasse und Schiene 28,3 Milliarden Tonnenkilometer. Damit wurde der bisherige Höchstwert aus dem Jahr 2008 knapp übertroffen. Insgesamt nahmen die Transportleistungen 2014 gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Prozent zu, wobei die Zunahme auf der Schiene mit 4,6 Prozent stärker ausfiel als auf der Strasse (1,7%). Der Anteil der Strasse an der gesamten Transportleistung lag 2014 bei 62 Prozent, jener der Schiene bei 38 Prozent. Damit erreichte die Bahn den grössten Marktanteil seit 2008. In der Schweiz liegt der Schienenanteil im Landverkehr deutlich höher als in der Europäischen Union: Im Durchschnitt der 28 EU-Länder wurden 2012 rund 20 Prozent erreicht.

Erstmals seit 2008 wurden 2014 wieder die Transporte der ausländischen schweren Strassengüterfahrzeuge in der Schweiz erhoben. Für diese wurden Fahrleistungen von 0,5 Milliarden Kilometern und Transportleistungen von 5,3 Milliarden Tonnenkilometern ermittelt. Dies entspricht 22 Prozent der Fahrleistungen beziehungsweise 32 Prozent der Transportleistungen des gesamten Schwerverkehrs auf Schweizer Strassen. Gegenüber 2008 haben sich die Transportleistungen der ausländischen Fahrzeuge insgesamt kaum verändert. Allerdings ist der Import- und Exportverkehr um 19 Prozent angestiegen, während der Transitverkehr um 21 Prozent abgenommen hat. Der Grund für diese gegenläufigen Entwicklungen dürfte in den unterschiedlichen Verlauf der Wirtschaftssituation in den europäischen Ländern, namentlich Italien, gegenüber der Schweiz liegen.

(BFS-Info 07.12.15)

**04.12. Zusätzliche Massnahmen zur Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs** –

Der Bundesrat hat den Verlagerungsbericht 2015 verabschiedet und zusätzliche Massnahmen beschlossen, um die Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene weiter zu fördern: Per Anfang 2017 sollen die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) erhöht und den Bahnen bis 2021 zeitlich befristet tiefere Trassenpreise für die Nutzung der Transitstrecken verrechnet werden. Damit wird die Verlagerungspolitik des Bundes konsequent fortgeführt. Die Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs entwickelte sich in der Berichtsperiode positiv: Der Marktanteil der Schiene stieg von 66,1 Prozent im zweiten Halbjahr 2013 auf 68,6 Prozent im ersten Halbjahr 2015, dem höchsten Wert seit 2001 die LSVA und die 40-Tonnen-Limite eingeführt worden ist. Die Zahl der Lastwagenfahrten auf den Alpenübergängen konnte von rund 1,4 auf rund eine Million pro Jahr reduziert werden. Der Bundesrat sieht vor, auf Anfang 2017 die LSVA-Sätze anzupassen. Für Lastwagen, die heute den Kategorien EURO III, IV und V zugeordnet sind, sollen ab diesem Zeitpunkt höhere Abgabesätze gelten. Gleichzeitig soll der Rabatt für Fahrzeuge der Kategorie EURO VI abgeschafft werden. Mit diesen Massnahmen wird ein Lastwagen oder Sattelschlepper für eine Fahrt von Grenze zu Grenze im gewichteten Durchschnitt rund 298 Franken LSVA bezahlen müssen – gegenüber 276 Franken heute. Damit dürften die LSVA-Einnahmen jährlich um 180 bis 190 Millionen Franken steigen. Für

diese Anpassungen der LSVA ist ein Beschluss des Gemischten Landverkehrsausschusses Schweiz-EU notwendig.  
(BAV-Info 07.12.15)

**04.12. Umtausch von Führerausweisen zwischen der Schweiz und Italien wird vereinfacht** – Bundesrätin Doris Leuthard und der italienische Infrastruktur- und Verkehrsminister Graziàno Detrio haben in Lugano ein Abkommen unterzeichnet, das die Anerkennung und den Umtausch von Führerausweisen bei einem Wohnsitzwechsel erleichtert. Die Schweiz und Italien haben zudem vereinbart, die Fähigkeitsausweise für Berufschaffeuere gegenseitig zu anerkennen.  
(Info ASTRA 04.12.15)

**03.12. Ständerat lehnt Verschärfung des Umweltschutzgesetzes ab** – Mit einer Revision des Umweltschutzgesetzes wollte der Bundesrat die Anliegen der Initiative „für eine Grüne Wirtschaft“ aufnehmen. Das Parlament will von dieser Revision nichts wissen. Der Ständerat hat mit 25 zu 17 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossen, nicht auf das Geschäft einzutreten. Damit ist die Vorlage vom Tisch. Das Ziel der Gesetzesrevision wäre gewesen, den Verbrauch natürlicher Ressourcen zu reduzieren. Der Bund hätte allerdings nur dann Vorschriften erlassen können, wenn freiwillige Massnahmen der Wirtschaft sowie Branchen- und Zielvereinbarungen nicht genügt hätten. Im Einklang mit internationalen Standards hätte der Bund zudem Anforderungen an die Inverkehrbringung von ökologisch kritischen Rohstoffen und Produkten stellen können. In der Schlussabstimmung am 18. Dezember lehnte der Nationalrat die Volksinitiative „Für eine Grüne Wirtschaft“ mit 128 zu 62 Stimmen und der Ständerat mit 31 zu 13 Stimmen ab.  
(NZZ 04.12.15; NZZ 19.12.15)

**02.12. Feinstaub-Alarm im Südtessin** – Im Südtessin haben die Behörden eine Feinstaubwarnung ausgegeben. In Chiasso und Mendrisio werden kritische Werte erreicht. Schuld ist auch das Wetter. Das Tessiner Departement für Verkehrs- und Raumplanung behält sich vor, auf den Autobahnen und Nationalstrassen ein vorübergehendes Tempolimit von 80 Kilometern pro Stunde einzuführen.  
(Tages-Anzeiger 04.12.15)

**01.12. „Grüne Wirtschaft“ vor dem Aus** – Der Nationalrat hat die Initiative „Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)“ mit 129 zu 61 Stimmen abgelehnt, welche den ökologischen Fussabdruck der Schweiz reduzieren will.  
(NZZ 02.12.15)

**30.11. Kurs auf das Zwei-Grad-Ziel** – In Paris haben sich über 150 Staats- und Regierungschefs an der Eröffnung der 21. Uno-Klimakonferenz beteiligt. Von ihnen wird erwartet, dass sie sich nach mehreren gescheiterten Anläufen auf ein verbindliches Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2020 einigen können. Dabei geht es eine Regelung zur Reduktion der Treibhausgasemissionen unter Beteiligung sämtlicher Staaten. Es herrscht allgemein die Auffassung, dass es höchste Zeit ist zu handeln, wenn man das Zwei-Grad-Ziel, zu dem sich die Staatengemeinschaft 2010 in Cancun bekannt hat, nicht völlig aus den Augen verlieren will.  
(NZZ 01.12.15)

- 29.11. **Walliser Stimmvolk sagt Ja zu höheren Motorfahrzeugsteuern** – Die Walliser Stimmbevölkerung ist bereit, Sparmassnahmen in Kauf zu nehmen, um die Kantonsfinanzen wieder ins Lot zu bringen. Damit verbunden ist auch eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern um zehn Prozent. Die Walliserinnen und Walliser nahmen das zweite Spardekret in einer Referendumsabstimmung mit 32'932 Ja- zu 27'514 Nein-Stimmen an. Das Sparpaket gilt für drei Jahre und soll jährliche finanzielle Mittel in Höhe von 26 Millionen für den Kanton und sieben Millionen Franken für die Gemeinden generieren.  
(Bündner Tagblatt 30.11.15)
- 26.11. **Entlastungsprogramm für den Bundeshaushalt** – Der Bund kann sich in den nächsten Jahren weniger leisten als geplant. So will die Regierung den Bundeshaushalt um 784 Mio. Franken (2017), 978 Mio. Franken (2018) und schliesslich um 1033 Mio. Franken (2019) entlasten – wohlgemerkt nicht etwa gegenüber dem Status quo, sondern gegenüber dem geltenden Finanzplan. Das Stabilisierungsprogramm 2017-2019 setzt stark bei der Entwicklungshilfe, der Bildung und Forschung sowie beim Personal an. Im Verkehrsbereich, der zu gut 11 Prozent am Entlastungsprogramm teilhaben soll, beträgt die Ausgabenkürzung zwischen 98 und 129 Mio. Franken pro Jahr, wobei vor allem bei der Finanzierung der Bahninfrastruktur Abstriche eingeleitet werden. Auch wenn das Parlament die vorgeschlagenen Kürzungen vollständig umsetzen wird, droht 2019 im Bundeshaushalt eine Lücke von einer Milliarde Franken. Bis zum 18. März 2016 haben die Kantone und Verbände im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens die Gelegenheit zur Stellungnahme.  
(EFD-Unterlagen 26.11.15; NZZ 27.11.15)
- 25.11. **Abgasaffäre weitet sich aus** – Der Skandal um manipulierte Abgaswerte könnte sich auch auf weitere Hersteller ausdehnen: Die Prüfstelle der Berner Fachhochschule hat im Auftrag der Deutschen Umwelthilfe die Stickoxid-Emissionen eines Renault Espace untersucht. Die Testergebnisse zeigten 13- bis 25-mal höhere Stickoxid-Emissionen, als nach geltendem EU-Standard erlaubt seien. Renault widerspricht den Vorwürfen.  
(BaZ 25.11.15)
- 18.11. **Mehr Millionen für Regionalzüge** – Der Bundesrat hat beschlossen, die jährlichen Abgeltungen der Eidgenossenschaft für den öffentlichen Regionalverkehr ab 2018 auf insgesamt 1 Milliarde Franken pro Jahr aufzustocken. Derzeit bewegt sich diese Summe, die rund ein Viertel der Aufwendungen für dieses Angebot ausmacht, bei rund 920 Millionen. Damit will die Landesregierung einen Teil der Mehraufwendungen abfedern, die sich aus dem Angebotsausbau und damit verbundenen Fahrzeugbeschaffungen ergeben. Insgesamt werden für die Periode 2018 bis 2021 Mehrkosten von 880 Millionen Franken erwartet, in die sich Bund, Kantone und Passagiere teilen sollen. Traditionell wenden Bund und Kantone gleich viele Mittel für den Regionalverkehr auf. Wird diese Formel beibehalten, werden die Kantone ihren jährlichen Zuschuss in Summe ebenfalls auf 1 Milliarde aufstocken. Die Botschaft zu diesem Geschäft wird ausgearbeitet.  
(NZZ 19.11.15; News.admin.ch 18.11.15)
- 18.11. **Verordnungen für Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten angepasst** – Die Verordnungen zur Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten werden neu strukturiert und an EU-Gesetzgebung angepasst. Inhaltlich werden

die Regelungen nur geringfügig geändert. Der Bundesrat hat sie heute verabschiedet; sie treten am 1. Januar 2016 in Kraft.

(News.admin.ch 18.11.15)

- 15.11. **Stadt Luzern lehnt SVP-Verkehrinitiative ab** – Die Stadt Luzern kann ihre Verkehrspolitik fortführen, die auf eine Förderung des öV sowie die Bevorzugung der Fussgänger und Velofahrer setzt. Die Stimmberechtigten haben die Initiative „für einen flüssigen Verkehr“ der SVP mit 68,1 Prozent Nein-Stimmen ablehnt. Die SVP wollte mit Unterstützung der FDP eine Benachteiligung des Autoverkehrs verhindern und damit eine Volksabstimmung von 2010 teilweise rückgängig machen. Trotz dem klaren Ergebnis an der Urne bleibt die Verkehrspolitik in der Stadt Luzern ein heiss umstrittenes Thema.  
(NZZ 16.11.15)
- 15.11. **St. Gallen: Tieferen Steuerabzug für Pendler gutgeheissen** – Im Kanton St. Gallen haben die Stimmberechtigten einer Beschränkung des Steuerabzugs für Pendler auf 3655 Franken mit 51,3 Prozent Ja-Stimmen knapp zugestimmt. Für die Massnahme hatten sich die Regierung sowie sämtliche Parteien ausser der SVP ausgesprochen. Die Beschränkung des Pendlerabzugs bringt dem Kanton Mehreinnahmen von 13,8 Millionen und den Gemeinden von 14,8 Millionen Franken ein.  
(BaZ 16.11.15)
- 15.11. **Deutliches Nein zu Parkplatzabbau in Basel** – Die Basler Stimmbevölkerung lehnt die VCS-Strasseninitiative mit 73 Prozent und den Gegenvorschlag mit 54 Nein-Stimmen relativ klar ab. Die Strasseninitiative wollte, dass an sämtlichen Hauptstrassen im Kanton genügend breite Trottoirs und Velostreifen oder Velowege gebaut werden. Zudem hätte der öffentliche Verkehr an Ampeln konsequent bevorzugt werden müssen, ist das nicht möglich, sollte Tempo 30 zum Zug kommen. Der Gegenvorschlag wollte Velostreifen und Trottoirs nur dort ausbauen, wo dies mit Signalisationen und Markierungen oder einfachen baulichen Mitteln möglich ist.  
(BaZ 16.11.15)
- 13.11. **Initiative für Tempo 140 ist gescheitert** – Die Volksinitiative für Tempo 140 auf der Autobahn ist gescheitert. Die Initianten werden es nicht schaffen, bis zum Ende der Sammelfrist am 20. November die nötigen 100'000 Unterschriften einzureichen. Die Initiative verlangte eine Erhöhung des Tempolimits auf der Autobahn von 120 auf 140 Stundenkilometer.  
(BaZ 13.11.15; BBl 2015 S. 8339)
- 05.11. **SBB wollen die Kosten senken** – Weil die Gesamtkosten in den nächsten Jahren stark ansteigen werden, wollen die SBB bis 2030 jährlich 1,75 Milliarden Franken einsparen. Die Eckwerte des Programm „RailFit 20/30“ sind bereits definiert. Bis 2020 wollen die SBB mindestens 550 Millionen Franken pro Jahr einsparen. Für 2030 und darüber hinaus nimmt das Unternehmen eine notwendige Kostenreduktion von 1,75 Milliarden Franken pro Jahr an. Vor allem in der Verwaltung, beim Vertreib und Material ist eine Kostenreduktion vorgesehen. Bis 2020 sollen zudem auch mindestens rund 900 Stellen abgebaut werden.  
(BaZ 06.11.15)

- 05.11. **VW drohen Nachforderungen** – Der Skandal um manipulierte Abgasmessungen bei Fahrzeugen des Volkswagenkonzerns weitet sich aus. Der wegen Stickstoffwert-Manipulationen bei Dieselaautos unter Druck geratene Automobilhersteller hat soeben eingeräumt, dass bei rund 800'000 Fahrzeugen der Marken Audi, Porsche, Seat, Skoda und VW der Benzinverbrauch und damit der CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu tief angegeben wurde. Eine Nachzahlung von CO<sub>2</sub>-Abgaben und Fahrzeugsteuern ist gemäss Bundesamt für Energie nicht ausgeschlossen.  
(NZZ 05.11.15)
- 28.10. **Verteuerung von Benzin als Option** – Der Bundesrat hält an Lenkungsabgaben auf Brennstoffe und Strom fest – trotz Kritik von Parteien sowie Umwelt- und Wirtschaftsverbänden. Er hat die Botschaft zur zweiten Etappe der Energiestrategie 2050 verabschiedet. Mit den Klimaabgaben auf Treib- und Brennstoffen sowie Strom will der Bundesrat ab 2021 Fördermassnahmen für erneuerbare Energien ablösen. Damit sollen die Treibhausgasemissionen sowie der Energieverbrauch reduziert werden. Bei den Abgaben soll es sich um reine Lenkungsabgaben handeln, deren Einnahmen wieder gleichmässig an die Unternehmen (im Verhältnis zu den Lohnsummen) und an die Bevölkerung (über Ermässigungen bei den Krankenkassenprämien) ausgezahlt werden. Die Höhe der Abgabe wird im Ausführungsgesetz zu bestimmen sein. Beim Benzin gehen die Modelle von keiner Belastung bis zu 26 Rappen pro Liter aus. Der Bundesrat beabsichtigt jedoch, die Treibstoffe in einer ersten Phase nicht der Lenkungsabgabe zu unterstellen. Dies vor dem Hintergrund, dass in der Vorlage zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) bereits eine Erhöhung des Mineralölsteuerzuschlags um sechs Rappen pro Liter vorgesehen ist.  
(BaZ 29.10.15; NZZ 29.10.15; EFV-Info 28.10.15)
- 28.10. **Tiertransporte nur noch während maximal acht Stunden möglich** – Tiere dürfen maximal noch acht Stunden in einem Tiertransporter stehen. Der Bundesrat hat die Maximalfahrzeit inklusive Unterbrüchen um zwei Stunden verkürzt. Zudem muss nicht mehr jeder Transport schriftlich dokumentiert werden, sondern nur noch solche von Klauen- und Schlachttieren.  
(NNZ 29.10.15; BLV-Info 28.10.15)
- 28.10. **Die EU führt Strassentests für Dieselaautos ein** – In der EU wird der Stickoxid-Ausstoss neuer Dieselaautos künftig auch in Test auf der Strasse geprüft. In Ergänzung zu den bisherigen, auf einem Prüfstand durchgeführten Labortests führt die EU zur Ermittlung der Emissionen von Stickoxiden (NO<sub>x</sub>) von Dieselaautos eine Prüfung im praktischen Fahrbetrieb auf der Strasse ein (Real Driving Emission, RDE). Diese Massnahme ist von Bedeutung, weil der NO<sub>x</sub>-Ausstoss im normalen Fahrbetrieb laut EU-Kommission derzeit im Durchschnitt um 400 Prozent höher ist als im Labortest. Vereinbarung wurde, dass die bindende Wirkung für neue Modelle am 1. September 2017 und für alle neuen Fahrzeuge am 1. September 2019 beginnt. Während der Übergangsfrist, die bei neuen Modellen bis Ende 2019 und bei neuen Fahrzeugen bis Ende 2021

dauert, gilt ein „Konformitätsfaktor“ von 2,1. Dieser bedeutet, dass das Ergebnis im RDE-Test den Grenzwert von 80 mg/km um bis zu 110 Prozent übersteigen darf. Nach der Übergangsfrist sinkt der Faktor auf 1,5, womit die Limite im RDE-Test um bis zu 50 Prozent überschritten werden darf.  
(NZZ 29.10.15)

- 27.10. **Pflichtlager für Benzin und Diesel angezapft** – Um einen Benzin- und Diesel-Engpass in der Schweiz zu verhindern, werden derzeit Pflichtlager angezapft. Die Gründe: Die einzige Schweizer Raffinerie in Cressier NE steht wegen einer technischen Panne still. Der Rhein hat wenig Wasser, darum können Schiffe nicht voll beladen werden. Ausserdem ist die Deutsche Bahn ausgelastet. Nun hat das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) den Importeuren erlaubt, aus ihren Pflichtlagern rund 50'000 m<sup>3</sup> Diesel und 40'000 m<sup>3</sup> Benzin zu entnehmen. Ohne Importe reichen die Pflichtlager für 4,5 Monate.  
(20Minuten 27.10.15; Blick 28.10.15; Automobil Revue Nr. 45 vom 04.11.15)
- 26.10. **Mehr Fluss im Zürcher Verkehr** – Die Zürcher Durchmesserlinie (DML) ist komplett. Die abschliessende zweite Etappe des Generationen-Bauwerks – zwei Viadukte vor dem Zürcher Hauptbahnhof – wurde eingeweiht. Im ordentlichen Verkehr befahren wird sie ab dem 13. Dezember. Ab dann werden die Fernzüge der Ost-West-Achse im unterirdischen Bahnhof Löwenstrasse halten.  
(BaZ 27.10.15)
- 26.10. **13,2 Milliarden für die Bahn** – Gut 13,2 Milliarden Franken sollen von 2017 bis 2020 in die Eisenbahninfrastruktur fliessen, 2,3 Milliarden mehr als in der laufenden Periode. Über diesem Zahlungsrahmen hat das Bundesamt für Verkehr (BAV) die Anhörung eröffnet. Das zusätzliche Geld wird benötigt, um die stärker belastete Infrastruktur zu erhalten. Die SBB werden gut 7,6 Milliarden Franken erhalten. Der Rest geht an die Privatbahn-Infrastruktur. 500 Millionen werden für allfällige Naturkatastrophen zurückgestellt.  
(BAV-Info 26.10.15; BaZ 27.10.15)
- 23.10. **Das Ziel einer sauberen Luft ist noch lange nicht erreicht** - Obwohl in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte in der Reinhaltung der Luft erzielt wurden, ist das gesetzlich verankerte Ziel einer sauberen Luft noch lange nicht erreicht. Es ist dabei insbesondere an die gesundheitlichen Risiken durch zu hohe Belastung mit Feinstaub, Ozon, Stickstoffdioxid und kanzerogenen Luftschadstoffen, aber auch an die zu hohen Stickstoffeinträge in empfindliche Ökosysteme zu denken. Dies geht aus dem jüngsten NABEL-Bericht des Bundes hervor. Die Luftbelastung des Jahres 2014 zeigte ein ähnliches Bild wie in den letzten Jahren. Die Belastung durch Feinstaub (PM10), Stickstoffdioxid und Schwefeldioxid hat an den meisten Standorten seit dem Jahr 2000 weiter abgenommen, während die Belastung durch Ozon im Streubereich der Jahre 2000 bis 2013 lag. Trotz der Verbesserungen der letzten zwanzig Jahre sind einige Immissionsgrenzwerte für Ozon, PM10 und Stickstoffdioxid weiterhin überschritten, infolge der immer noch zu hohen Emissionen von Luftschadstoffen in der Schweiz und den Nachbarländern.  
(Messresultate des Nationalen Beobachtungsnetzes NABEL 2014)



- 20.10. **Zulassung für VW-Nutzfahrzeuge wieder möglich** – Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) hebt das Zulassungsverbot für gewisse Nutzfahrzeuge aus dem Volkswagenkonzern auf. Dabei handelt es sich um die Nutzfahrzeugmodelle „T5“, „T6“, „Amorak“ und „Crafter“ vom Volkswagen mit Dieselmotoren. Diese Fahrzeuge und weitere Modelle der Marken Audi, Seat, Skoda und Volkswagen mit neueren Dieselmotoren sind nicht von Abgasmanipulationen betroffen und können ab sofort wieder in Verkehr gesetzt werden. Das ASTRA hat die Weisung an die Strassenverkehrsämter entsprechend aktualisiert.  
(ASTRA-Info 20.10.15)
- 14.10. **Bundesrat regelt die Umsetzung der FABI-Vorlage** – Die von Volk und Ständen gutgeheissene Vorlage betreffend „Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur“ (FABI) ist mit neuen Planungsprozessen und Finanzierungszuständigkeiten verbunden. Dazu müssen verschiedene Verordnungen angepasst werden, unter anderem der Verteilschlüssel für den Finanzierungsbeitrag der Kantone. Der Bundesrat hat die revidierten Verordnungen verabschiedet. Sie werden zusammen mit der Verfassungsbestimmung und den angepassten Bundesgesetzen per Anfang 2016 in Kraft treten. Berechnungsgrundlage für den neuen Verteilschlüssel für den Finanzierungsbeitrag der Kantone an den Bahninfrastrukturfonds BIF bilden die von Bund und Kanton gemeinsam bestellten Personen- und Zugskilometer im regionalen Personenverkehr.  
(BAF-Info 14.10.15)
- 10.10. **100'000 Unterschriften für Velo-Initiative** – Die Volksinitiative „Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege (Velo-Initiative)“ ist von 100'000 Stimmbürgern unterzeichnet worden. Eingereicht wird das Volksbegehren im Dezember. Die eidg. Initiative verlangt die Förderung des Veloverkehrs durch den Bund und verpflichtet Kantone und Gemeinden zum Bau eines attraktiven Velo-Netzes. Die Initianten hätten eigentlich bis am 3. September 2016 Zeit gehabt, die Unterschriften zu sammeln.  
(BaZ 10.10.15)
- 07.10. **Erstes Alkoholmessgerät erhält die Zulassung** – Im Herbst 2016 wird die beweissichere Atemalkoholprobe eingeführt. Sie hat auch vor Gericht Bestand und soll die Blutprobe weitgehend ersetzen. Ein erstes Messgerät hat nun die Zulassung für die Schweiz erhalten.  
(Berner Zeitung 07.10.15)
- 05.10. **ASTRA erlässt Zulassungsverbot für Neufahrzeuge** – Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) hat aus Gründen des Umweltschutzes eine Weisung erlassen, die verhindert, dass neue, noch nicht zugelassene Fahrzeuge oder Occasionsfahrzeuge aus dem Ausland in Verkehr gesetzt werden können. Diese Weisung richtet sich an die Strassenverkehrsämter der Kantone und wurde auch den verschiedenen Importeuren gestellt. Betroffen sind Modelle aus dem Volkswagenkonzern der Marken Audi, Seat, Skoda und Volkswagen der Baujahre 2009 bis 2014 (Ausführungen EURO5), die mit Dieselmotoren in den Ausführungen 1,2TDI, 1,6TDI und 2,0TDI ausgerüstet sind. In der Schweiz sind 128'802 Fahrzeuge betroffen. Nicht betroffen von der Verfügung sind bereits in Verkehr gesetzte Fahrzeuge.  
Volkswagen hat Manipulationen von Abgastest bei Dieselfahrzeugen in den USA eingeräumt. Die US-Umweltbehörde EPA beschuldigt VW, mithilfe einer Software die

Resultate von Abgasuntersuchungen bei Dieselaautos geschönt zu haben.  
(ASTRA-Info 02.10.15; Info Amag 28.09.15)

- 25.09. **Pannestreifen können genutzt werden** – Der Bundesrat gibt „Grünes Licht“ für die Öffnung des Pannestreifens bei Verkehrsüberlastungen. Das Pilotprojekt zwischen Ecublens und Morges hat sich bewährt. Der Verkehrsfluss hat sich deutlich verbessert, die Unfallrate ist um mehr als 25 Prozent zurückgegangen, der Verkehr wurde leiser. Weitere 16 Abschnitte sollen deshalb ab 2017 genützt werden können. Eine Umnutzung sei auf insgesamt rund 150 Kilometern möglich, schreibt der Bundesrat in einem Bericht. Erhöht werden sollen auch die Anzahl der Lastwagenüberholverbote und die Anzahl der Abschnitte mit herabsetzbarer Höchstgeschwindigkeit.  
(NZZ 26.09.15)
- 25.09. **Parlament verabschiedet Revision des Gütertransportgesetzes** – Die eidgenössischen Räte haben in der Herbstsession die Totalrevision des Gütertransportgesetzes beschlossen. Das Inkrafttreten der neuen Bestimmungen ist für Mitte 2016 vorgesehen. Der Bund kann neu zusätzlich zu Neubauten und Erweiterungen auch für Erneuerungen von Güterverkehrsanlagen (KV-Umschlagsanlagen und Anschlussgleise) Investitionsbeiträge entrichten. Wenn Kantone Güterverkehrsleistungen auf dem schweizerischen Schmalspurnetz bestellen, hat der Bund einen höheren Beitrag zu leisten als die Kantone. Und Investitionsbeiträge für den Bau von Hafenanlagen wurden als neuer Förderungstatbestand aufgenommen, um im kombinierten Verkehr eine bessere Verknüpfung der Rheinschifffahrt mit dem Schienengüterverkehr zu ermöglichen.  
(BAV-Info Oktober 2015)
- 25.09. **Schlussabstimmungen in den Eidg. Räten** – Mit Schlussabstimmungen zu 13 Vorlagen haben die eidgenössischen Räte die letzte Session der Legislatur abgeschlossen. Parlamentarisch unter Dach und Fach kamen unter anderem mit 6 196 zu 0 Stimmen und mit 43 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss über die Volksinitiative „Pro Service public“, mit welchem das Parlament die Initiative zur Ablehnung empfiehlt, sowie mit 6 142 zu 53 Stimmen und mit 43 zu 0 Stimmen die Totalrevision des Gütertransportgesetzes, das die Rahmenbedingungen für den Schienengüterverkehr verbessert, diesen aber auch mehr als heute dem Markt aussetzt.  
(NZZ 26.09.15)
- 24.09. **Nationalrat für Lex „Pistenfahrzeug“** – Pistenfahrzeuge sollen von der Mineralölsteuer befreit werden – und zwar auch dann, wenn sie keinen Partikelfilter haben. Das hat der Nationalrat mit 109 zu 66 Stimmen bei 6 Enthaltungen beschlossen. Das Geschäft geht an den Ständerat. Dessen vorberatende Kommission will allerdings nichts mehr von der Vorlage wissen. Sie ist der Ansicht, dass aus finanz- und ordnungspolitischen Gründen keine zusätzliche Ausnahme von der Mineralölbesteuerung geschaffen werden sollte. Ausserdem sei das vorgesehene Verfahren viel zu bürokratisch, ohne das es für die Berggebiete eine entscheidende Unterstützung bieten würde.  
(NZZ 25.09.15; BaZ 14.10.15)
- 21.09. **Nüchternes Ja im Ständerat zur Energiewende** – Der Ständerat hat sich mit dem ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 befasst. Mit 39 zu 2 Stimmen ist er auf die Gesetzesrevision eingetreten und mit 39 zu 3 Stimmen hat er deren Rückweisung an die Kommission abgelehnt. Die Kleine Kammer hat die Vorlage in einigen

Punkten verbessert, die hohe Strompreisabgabe für neue erneuerbare Energien bleibt aber kostspielig. Während der Ständerat die Zielwerte für die zukünftige Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern etwas reduziert hat, befürwortet er einen starken Ausbau der Subventionen für erneuerbare Energien. Das vom Bundesrat und Nationalrat beschlossene Technologieverbot für die Kernkraft hat der Ständerat bestätigt. Er möchte aber auf Laufzeitbeschränkungen und die vom Nationalrat geforderten Langzeitbetriebskonzepte verzichten. Ebenso wurde von Effizienzzielen für Stromversorger und Mindestvorschriften für den Betrieb von Heizungen abgesehen. In der Gesamtabstimmung hat die kleine Kammer die Vorlage mit 27 zu 4 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen.

(economiesuisse 25.09.15)

- 17.09. **Ständerat weist den Netzbeschluss an die vorberatende Kommission zurück** – Der Ständerat ist ohne Gegenstimmen auf die Vorlage zur Schaffung eines Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) eingetreten. Auf Antrag des Thurgauer SVP-Ständerats Roland Eberle hat die kleine Kammer mit 27 zu 14 Stimmen bei einer Enthaltung beschlossen, die NAF-Vorlage an die Kommission zur Überarbeitung zurückzuweisen. Der vom Volk im Jahr 2013 wegen der Finanzierung abgelehnte Netzbeschluss soll in den neuen Strassenfonds integriert sowie dessen Finanzierung vertieft abgeklärt und sichergestellt werden.

(NZZ 18.09.15; BaZ 18.09.15)

- 14.09. **Umweltschutzgesetz stürzt ab** – Mit 95 zu 92 Stimmen bei 6 Enthaltungen hat der Nationalrat Nein zum revidierten Umweltschutzgesetz gesagt, dem Gegenvorschlag zur Initiative „Grüne Wirtschaft“. Damit lehnt er die vermehrte Berücksichtigung der Ressourceneffizienz, Vorgaben zur Abfallverwertung, Massnahmen zur Schonung ökologisch kritischer Rohstoffe und Anforderungen an die Inverkehrbringung derselben ab. Der Ständerat hatte den Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Grüne Wirtschaft“ der Grünen, die den ökologischen Fussabdruck der Schweiz bis ins Jahr 2050 auf eine Erde reduzieren will, in der vergangenen Wintersession bereits wesentlich entschärft.

(NZZ 15.09.15)

- 14.09. **Service-public-Initiative chancenlos** – Nach dem Ständerat empfiehlt auch der Nationalrat dem Stimmvolk, die Volksinitiative „Pro Service public“ abzulehnen. Die Initiative stärke den Service public nicht, sondern schade ihm, gaben Nationalräte von links bis rechts zu bedenken. Kein einziger Parlamentarier unterstützt das Volksbegehren. Es verlangt, dass bundesnahe Unternehmen wie Post, Swisscom und die SBB in der Grundversorgung nicht nach Gewinn streben und auf Quersubventionierung verzichten. Hinter der Initiative stehen mehrere Konsumentenzeitschriften.

(NZZ 15.09.15)

- 11.09. **Bundesrat soll für Abkommen über Lenk- und Ruhezeiten der Berufsfahrer zuständig bleiben** – Der Bundesrat soll weiterhin in eigener Kompetenz über Änderungen des internationalen Vertrags entscheiden können, der das Personal des internationalen Strassentransports betrifft. Er hat dem Parlament die Botschaft zur Aufhebung der Befristung des entsprechenden Bundesgesetzes unterbreitet. Die Bundesversammlung hatte 1999 das Europäische Übereinkommen über die Arbeit des im internationalen Strassenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AETR) genehmigt. Gleichzeitig erliess

sie ein Bundesgesetz, welches dem Bundesrat erlaubt, selbständig Änderungen des AETR zu genehmigen oder diesen zuzustimmen. Dieses Gesetz wurde auf 15 Jahre befristet und läuft am 31. Januar 2016 aus.

Das AETR-Abkommen regelt grenzüberschreitend die Lenk- und Ruhezeitvorschriften für Berufsschauffeure von Lastwagen und Cars. Diese Thematik wird im Schweizer Landesrecht materiell auf Verordnungsstufe geregelt (Verordnungen über Arbeits- und Ruhezeitvorschriften; ARV 1 und 2).

(Info ASTRA 11.09.15)

**10.09. Gütertransport bleibt Kernaufgabe der SBB** – Der Gütertransport bleibt vorerst eine Kernaufgabe der SBB. Zunächst wollte der Nationalrat die Pflichten des Bahnunternehmens auf Infrastruktur und Personenverkehr beschränken. Nun hat er dem Ständerat nachgegeben und das Pflichtenheft der SBB unverändert gelassen. Zugleich beschloss er bei der Revision des Gütertransportgesetzes, dass nicht nur Bahninfrastrukturen, sondern auch Hafenanlagen vom 250 Millionen Franken schweren Subventionstopf profitieren sollen. Das könnte dem geplanten Ausbau des Basler Rheinhafens neuen Schub verleihen.

(NZZ 11.09.15)

**08.09. Nationalrat versenkt den Grundversorgungsartikel** – In der Bundesverfassung werden keine neuen Bestimmungen zur Grundversorgung verankert. Der Nationalrat hat sich zum zweiten Mal dagegen ausgesprochen. Die geplante Verfassungsbestimmung sei überflüssig; Post und der öffentliche Verkehr funktionierten. Die Vorlage ist damit vom Tisch.

(BaZ 09.09.15)

**03.09. Eine Milliarde mehr für den Schienenunterhalt** – Das Bundesamt für Verkehr (BAV) und die SBB haben sich auf den finanziellen Rahmen für die Leistungsvereinbarung für die Infrastruktur 2017 bis 2020 verständigt. Demnach erhalten die Bundesbahnen in dieser Periode 7,632 Milliarden Franken, 15 Prozent mehr als in der Periode 2013 bis 2016. Der höhere finanzielle Aufwand gründet in den steigenden Kosten für den Unterhalt. Entsprechend der Konstruktion des neuen Bahninfrastrukturfonds wird damit der finanzielle Handlungsspielraum für den Bahnausbau kleiner.

(NZZ 04.09.15)

**02.09. Zugang zum Strassenverkehrsmarkt mit neuen Regeln ab Januar 2016** – Ab dem 1. Januar 2016 wird die Linzenzpflicht auf alle Strassenfahrzeuge für die Güterbeförderung mit über 3,5 Tonnen Gesamtgewicht ausgedehnt. Dieses Datum hat der Bundesrat heute für das Inkrafttreten der revidierten Gesetzesbestimmungen (BG über die Zulassung als Strassentransportunternehmen STUG und Personenbeförderungsgesetz PBG) festgelegt, mit denen eine verstärkte Teilnahme der Schweiz am europäischen Strassenverkehrsmarkt angestrebt wird. Parallel dazu verabschiedete er die angepassten Bestimmungen auf Verordnungsstufe. Bisher galt die Lizenzpflicht in der Schweiz erst für Fahrzeuge ab 6 Tonnen Gesamtgewicht. Den Unternehmern, die Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht zwischen 3,5 und 6 Tonnen in ihrem Fuhrpark halten, wird für die Erlangung der Lizenz eine Übergangsfrist von zwei Jahren gewährt.

Des Weiteren wird das elektronische Register der zugelassenen Strassentransportunternehmen und der Verstösse gegen die Gesetzgebung ergänzt. Die Person, die die

Voraussetzungen Zuverlässigkeit und fachliche Eignung als Angehörige eines Strassentransportunternehmens erfüllt, wird darin neu als Verkehrsleiterin oder als Verkehrsleiter angegeben. Die Geldstrafen bei Verstössen werden angehoben.

Angesichts der anhaltenden Frankenstärke wurden die Grundbeiträge für den Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit abgesenkt. Neu muss ein Betrag von mindestens 11'000 Franken für das erste Fahrzeug und von 6'000 Franken für jedes weitere Fahrzeug nachgewiesen werden. Vorher waren es 14'400 Franken respektive 8'000 Franken.

(BAV-Info 02.09.15)

- 02.09. **Mehr Autos auf die Geschwindigkeit kontrolliert** – Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat die Anzahl der kontrollierten Fahrzeuge in der Schweiz veröffentlicht. Diese zeigt beispielsweise, dass immer mehr Fahrzeuge im Laufe der Jahre kontrolliert wurden. Wurden im Jahre 2010 noch rund 750'000'000 Fahrzeuge in der Schweiz auf ihre Geschwindigkeit kontrolliert, waren es 2014 bereits 942'000'000 Fahrzeuge. Den Hauptteil des Zuwachses machen unbemannte, stationäre Messsysteme (bspw. Blitzerkästen) aus. Die Anzahl der auf Geschwindigkeit kontrollierten Fahrzeuge nimmt an allen Standorten (innerorts, ausserorts und auf den Autobahnen) kontinuierlich zu. Die meisten Kontrollen finden innerorts statt. (AR Nr. 36/2015, [www.bfs.admin.ch](http://www.bfs.admin.ch))
- 19.08. **Verkehrskommission will höheren Anteil der Mineralölsteuer für die Strassenfinanzierung** – Die Verkehrskommission des Ständerats (KVF) will die Zweckbindung der Mineralölsteuer zugunsten des Strassenverkehrs von 50 auf 55 Prozent erhöhen. Nach gegenwärtigem Stand wären dies zusätzlich 125 Millionen Franken für den Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds (NAF). Bei den 5 Prozent handelt es sich indes um einen maximalen Betrag. Der Entscheid fiel mit 9 zu 2 Stimmen. Der Mineralölsteuerzuschlag soll um lediglich 4 Rappen pro Liter erhöht werden (der Bundesrat hatte 6 Rappen gewollt). Die Erhöhung des Vignettenpreises soll auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Damit kommt die KVF-SR auf einen Entscheid vom Juni zurück, als die Kommission zur Finanzierung des Netzbeschlusses 2012 die Erhöhung des Vignettenpreises von 40 auf 70 Franken vorgeschlagen hatte. Nun soll der Netzbeschluss doch nicht in den NAF integriert werden. Der Entscheid fiel mit 5 zu 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Die Kommission will mit einer Motion den Bundesrat beauftragen, bis Ende 2017 eine separate Vorlage zu diesem Anliegen auszuarbeiten. (NZZ 20.08.15)
- 08.08. **Referendum gegen Pendlerabzug im Kanton Thurgau gescheitert** – Im Kanton Thurgau ist das Referendum gegen die Beschränkung des Pendlerabzugs gescheitert. Das Komitee hat die nötigen 2000 Unterschriften knapp nicht erreicht. Der Thurgauer Grosse Rat hat im März beschlossen, den Steuerabzug für Pendler, die mit dem Auto zur Arbeit fahren, auf 6000 Franken zu beschränken. Kantone und Gemeinden nehmen so jährlich 17 Millionen mehr ein. (Basler Zeitung 08.08.15)
- 04.08. **Bericht der Neat-Aufsichtsdelegation der eidg. Räte** – Die Arbeiten am Gotthard-Basistunnel verlaufen plangemäss; die Inbetriebnahme des Tunnels wird unverändert auf Dezember 2016 prognostiziert. Beim Ceneri-Basistunnel prognostizieren die Projektverantwortlichen die Aufnahme des fahrplanmässigen, kommerziellen Betriebs

auf Ende 2019. Nach wie vor angespannt ist die Terminalsituation am Ceneri-Tunnel insbesondere wegen einer erneuten Verzögerung des Vortriebs Richtung Norden. Die Prognose für die Projektkosten der Neat liegt mit 18,2 Milliarden Franken 300 Millionen unter derjenigen des Vorjahres. Die Kostensteigerung seit 1998 für alle Neat-Werke zusammen beträgt gut 6 Milliarden Franken oder 49 Prozent. Diese ist zum grössten Teil auf Projektänderungen zur Verbesserung der Sicherheit und Anpassungen an den Stand der Technik zurückzuführen. Diese Informationen stammen aus dem Tätigkeitsbericht der Neat-Aufsichtsdelegation der eidgenössischen Räte zum Kalenderjahr 2014 und zum ersten Quartal 2015.  
(BBl 2015 S. 5899)

- 30.07. **Der Gotthardtunnel fällt im europäischen Vergleich ab** – Die Sicherheit im Gotthard-Strassentunnel hat sich gegenüber 2002 zwar verbessert. Wegen des Gegenverkehrs setzt der deutsche Automobilklub ADAC den Schweizer Alpentunnel in seiner vergleichenden Rangliste trotzdem an den Schluss. Alle 20 getesteten Tunnel aus Deutschland, Italien, Oesterreich, Frankreich und der Schweiz erhielten die Wertung „gut“ oder „sehr gut“. Verglichen mit dem ADAC-Test von 2002 konnte sich der Gotthard-Strassentunnel in der Gesamtnote von „ausreichend“ auf „gut“ verbessern. Dies namentlich dank deutlich besseren Wertungen bei den Kriterien Verkehrsüberwachung und Tunnellüftung. An den Schluss der Rangliste fällt der Gotthardtunnel jedoch wegen des Tunnelsystems mit nur einer Röhre und Gegenverkehr, das mit der schlechtesten Note „sehr mangelhaft“ bewertet wurde. Ausserdem tragen eine hohe Lastwagenquote bei einer täglichen Verkehrsbelastung von 17'500 Fahrzeugen und steile Zufahrtsrampen zum höheren Unfallrisiko bei. Auch beim Kriterium Pannengebühren wurden Abstriche gemacht.  
(NZZ 30.07.15)
- 26.07. **Die Luft ist sauber wie nie** – Die Luft in der Schweiz war über das ganze letzte Jahr gerechnet nie sauberer, melden die Sonntagszeitungen. Dies zeigten Zahlen, die das nationale Beobachtungsnetz für Luftfremdstoffe im Auftrag des Bundesamts für Umwelt erhebt. Gleich zwei Werte knackten letztes Jahr den Grenzwert der Luftreinhalteverordnung. Die Belastung mit Stickstoffdioxid in städtischem Gebiet lag mit 29,5 Milligramm pro Kubikmeter im Jahresmittel zum ersten Mal unter der Grenze von 30 Milligramm. Auch der Feinstaub nahm ab. Seit Beginn der Messungen lag er in stark befahrenem städtischem Gebiet immer über der Grenze von 20 Milligramm pro Kubikmeter. Mit 17,5 unterschritt er diesen Wert nun deutlich.  
(Schweiz am Sonntag, 26.07.15)
- 01.07. **Alkohol im Strassenverkehr: Atemprobe statt Blutprobe ab dem 1. Oktober 2016** – Die vom Parlament im Rahmen von „Via sicura“ beschlossene beweissichere Atemalkoholprobe im Strassenverkehr wird am 1. Oktober 2016 eingeführt. Eine Blutprobe wird nur noch bei Verdacht auf Betäubungsmittelkonsum, auf Verlangen der betroffenen Person oder in Ausnahmefällen durchgeführt.  
(Info ASTRA 01.07.16)
- 01.07. **Bundesrat verbessert Fahreignungsabklärungen** – Der Bundesrat führt für Ärzte sowie für Psychologen, die Abklärungen zur Fahreignung treffen, ein Stufenmodell ein: Je komplexer die Untersuchung, desto höher die fachlichen Anforderungen. Es werden bei den Gutachtern vier Kompetenzstufen unterschieden: In die niedrigste Stufe

(„Ausbildungsstufe 1“) fallen Ärzte, die Senioren auf Fahrtüchtigkeit untersuchen. Solche Ärzte müssen „über die in der Verkehrszulassung festgelegten Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen“. Wie genau die Ärzte zu diesen „Kenntnissen und Fähigkeiten“ kommen, bleibt ihnen überlassen. Bei Ärzten, die Berufsschauffeure untersuchen, sind eine eintägige Fortbildung sowie ein halbtägiger Wiederholungskurs alle fünf Jahre Pflicht („Ausbildungsstufe 2“). Und nochmals strengere Vorschriften gelten bei Ärzten, die Zweifelsfälle der Stufen 1 und 2 untersuchen oder Spezialfälle – etwa die Fahreignung körperbehinderter Personen – abklären; sie dürfen dies erst tun, wenn sie eine zweitägige Fortbildung besucht haben und alle fünf Jahre einen halbtägigen Kurs belegen („Ausbildungsstufe 3“). Die höchste Stufe („Ausbildungsstufe 4“) ist Ärzten vorbehalten, die aufgrund ihrer Ausbildung den Fachtitel Verkehrsmediziner SGRM tragen dürfen. Sie machen unter anderem die schwierigen Abklärungen bezüglich Fahreignung und –fähigkeit bei Suchtproblematikern und komplexen Erkrankungen. Verkehrspsychologische Gutachten wiederum dürfen künftig nur noch Fachpsychologen für Verkehrspsychologie FSP mit Schwerpunkt Diagnostik durchführen. Damit werden die Abklärungen verbessert.

Zudem werden die aus den 1970er Jahren stammenden medizinischen Mindestanforderungen an Fahrzeuglenker dem heutigen Stand der Wissenschaft und Technik angepasst. Die Sehschärfewerte und Gesichtsfeldgrenzen orientieren sich künftig an den europaweit üblichen Anforderungen, was eine leichte Lockerung der bisherigen Mindestanforderungen zur Folge hat. Künftig ist zum Fahren zugelassen, wer eine Sehschärfe von 0,5 im besseren und 0,2 im schlechteren Auge aufweist. Neu lässt der Bundesrat auch Personen zu, die taub sind und nur auf einem Auge sehen. Zudem hat der Bundesrat das Verbot, fehlendes Hörvermögen mit Hörgeräten zu beheben, aufgehoben. Heute sind Geräte erhältlich, die die Geräusche sehr differenziert verstärken können (und nicht wie früher nur den Motorenlärm). Schliesslich kann die Zulassungsbehörde die Fahrberechtigung auf speziell ausgerüstete Fahrzeuge (z.B. mit Bremsassistent, Automatikgetriebe) oder auf Fahrten innerhalb eines bestimmten Rayons oder für eine bestimmte Strecke (Weiler – Dorf) beschränken.

Die Änderungen treten am 1. Juli 2016 in Kraft.

(ASTRA-Info 01.07.15; NZZ am Sonntag 05.07.15)

- 29.06. **WEKO revidiert die KFZ-Bekanntmachung und deren Erläuterungen** – Die Wettbewerbskommission hat die Bekanntmachung vom 21. Oktober 2002 über die wettbewerbsrechtliche Behandlung von vertikalen Abreden im Kraftfahrzeughandel (KFZ-Bekanntmachung) und deren Erläuterungen einer Revision unterzogen. Damit wurden der Fallpraxis des WEKO, den neuen Markt- und Technologieentwicklungen sowie den Anpassungen im europäischen und schweizerischen Kartellrecht Rechnung getragen. Aufgrund der in der Schweiz herrschenden rechtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen im Automobilmarkt hat die WEKO allerdings entschieden, – anders als in der seit 1. Juni 2013 für die Gruppenfreistellungsverordnung der Europäischen Union geltenden Regelung – den Verkauf von neuen Kraftfahrzeugen in der KFZ-Bekanntmachung weiterhin beizubehalten; dies zusammen mit den Bestimmungen zu den Instandsetzungs- und Wartungsdienstleistungen sowie zum Vertrieb von Ersatzteilen. Der Mehrmarkenvertrieb von Fahrzeugen sowie die Lieferung von Ersatzteilen durch Drittanbieter bleiben dem schweizerischen Garagegewerbe somit erhalten. Die Bekanntmachung tritt mit einer einjährigen Übergangsfrist am 1. Januar 2016 in Kraft und ersetzt jene vom 21. Oktober 2002; sie gilt bis ins Jahr 2022.

(Info WEKO 15.07.15; NZZ 16.07.15)

**25.06. Energieverbrauch 2014 um 7,7 Prozent gesunken** – Der Endenergieverbrauch der Schweiz ist 2014 gegenüber dem Vorjahr um 7,7 Prozent auf 825'770 Terajoule (TJ) gesunken. Das ist der tiefste Endenergieverbrauch der letzten 17 Jahre. Die warme Witterung hat sich somit deutlich auf den schweizerischen Energieverbrauch ausgewirkt. Die Anzahl Heizgradtage, ein wichtiger Indikator für den Energieverbrauch zu Heizzwecken, nahm gegenüber dem Vorjahr um 19,9 Prozent ab. Hingegen stiegen im 2014 Faktoren, die den langfristigen Wachstumstrend des Energieverbrauchs bestimmen: Ständige Wohnbevölkerung (+1,2%), Bruttoinlandprodukt (+2%), Wohnungsbestand (Zunahme), Motorfahrzeugbestand (+1,6%). Der Treibstoffverbrauch insgesamt sank leicht gegenüber dem Vorjahr (-0,5%). Der Trend zu Substitution von Benzin durch Dieseltreibstoff setzte sich ungebrochen fort: Der Absatz von Dieselöl erhöhte sich um 2,5 Prozent, hingegen war der Benzinverbrauch wie jedes Jahr seit 2011 rückläufig (-4,0%). Der Absatz von Flugtreibstoffen stieg um 0,7 Prozent. Der Verbrauch der biogenen Treibstoffe nahm deutlich zu (+81,3%).  
(BFE Info 25.06.15)

**24.06. Bundesrat streicht veraltete Verkehrsregeln** – Verschiedene Bestimmungen im Strassenverkehrsrecht entsprechen nicht mehr den aktuellen Erfordernissen. Der Bundesrat hat darum die nötigen Änderungen beschlossen und die Verkehrsregelnverordnung (VRV) sowie die Signalisationsverordnung (SSV) entsprechend angepasst. Nachfolgend einige Beispiele von gestrichenen Bestimmungen:  
Die Regeln für Fussgängerkolonnen werden aufgehoben, weil es solche Kolonnen kaum mehr gibt (Art. 26 und 49 VRV)  
Die Regeln über das Mitführen von sperrigen sowie spitzen und kantigen Gegenständen durch Fussgänger (Art. 48 Abs. 2 VRV) entsprechen nicht mehr dem Verkehrsverhalten.  
Die Regel, wonach Radfahrer die Pedale nicht loslassen dürfen (Art. 3 Abs. 3 VRV), kann gestrichen werden, weil sie unnötig ist.  
Die Signal „Einfahrt von rechts“ und „Einfahrt von links“ auf Autobahnen und Autostrassen (Art. 41 SSV) sind kaum im Gebrauch und werden aufgehoben.  
Unter anderem werden folgende Bestimmungen modernisiert:  
Bisher waren auf Radwegen gemäss Verordnung nur einspurige Fahrräder zugelassen. Neu wird festgehalten, dass auch mehrspurige Fahrräder sowie Radfahrer mit (Kinder-)Anhängern auf dem Radweg verkehren dürfen (Art. 40 Abs. 2 VRV; Art. 33 Abs. 1 SSV).  
Weil gemessen an der zurückgelegten Distanz überdurchschnittlich viele tödliche Verkehrsunfälle durch Rückwärtsfahren verursacht werden, soll dieses auf das Notwendigste beschränkt werden. Es soll nur noch dann rückwärts gefahren werden dürfen, wenn die Weiterfahrt oder das Wenden nicht möglich ist (Art. 17 Abs. 3 VRV)  
Auf einer Autobahn mit drei Spuren pro Richtung soll die Spur ganz links künftig nur noch von Fahrzeugen benutzt werden, die mit mehr als 100 km/h fahren dürfen; dies im Interesse des Verkehrsflusses. Bisher galt dafür Mindesttempo über 80 km/h.  
Die Änderungen treten am 1. Januar 2016 in Kraft.  
(ASTRA Info 24.06.15; AS 2015 S. 2449 ff)

**24.06. Licht am Ende des Tunnels** – Die 70. Mitgliederversammlung von **strasseschweiz** – Verband des Strassenverkehrs FRS stand im Zeichen des Führungswechsels an der



Spitze des Dachverbands der Automobilwirtschaft und des privaten Strassenverkehrs. Aus Anlass der Gesamterneuerungswahlen der Organe wurde der Zentralvorstand neu bestellt und das Präsidium ging turnusgemäss auf den Touring Club der Schweiz TCS über. Neuer Präsident von **strasseschweiz** ist Rudolf Zumbühl.  
(Info strasseschweiz 24.06.15)

- 24.06. **3,8 Mio. pendeln jeden Tag zur Arbeit** – Fast die Hälfte der Schweizer Bevölkerung pendelt. An Werktagen verlassen 3,8 Millionen Arbeitsnomaden ihr Wohnhaus für die Arbeit. 70 Prozent aller Berufstätigen arbeiten ausserhalb ihrer Wohngemeinde. Im Schnitt fahren Schweizer 14,4 Kilometer pro Arbeitsweg; das sind 12 Prozent oder 1,5 km mehr als im Jahr 2000. Die Bildung beeinflusst die Länge des Arbeitsweges – am weitesten reisen Akademiker mit 17,2 Kilometern pro Strecke, Arbeitnehmer mit Lehrabschluss fahren 6,5 Kilometer weniger. Pendler verlieren im Schnitt 30 Minuten, um zu ihrer Arbeit zu gelangen. Zehn Prozent der 3,8 Millionen Arbeitskräfte sind Marathonpendler, sie verlieren pro Tag mehr als zwei Stunden ihrer Freizeit. Zu Fuss oder per Velo legen nur 15 Prozent ihren Arbeitsweg zurück, dies bei einer Strecke von rund fünf Kilometern. Etwas mehr als die Hälfte sitzt hinter dem Steuer ihres Autos.  
(NZZ 24.06.15; Blick 24.06.15; AR 15.07.15)
- 23.06. **bfu-Sicherheitsanalyse zu E-Bikes im Strassenverkehr** – Von 2011 bis 2014 hat sich die Anzahl der auf Schweizer Strassen schwer verletzten oder getöteten E-Bike-Fahrer mehr als verdoppelt. Diese Zunahme ist proportional zur Erhöhung des E-Bike-Bestandes. Die Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) legt erstmals eine Sicherheitsanalyse zu E-Bikes vor. Damit liefert sie eine wissenschaftliche Grundlage für künftige Präventionstätigkeiten. Ein bemerkenswertes Ergebnis der Studie lautet: Elektrovelo-Fahrer verunfallen öfter bei Selbstunfällen als bei Kollisionen schwer. Diese Gefahr ist den E-Bikern indessen wenig bewusst.  
(bfu-info 23.06.15)
- 18.06. **Nationalrat tritt auf Gegenvorschlag zur Initiative „Grüne Wirtschaft“ ein** – Mit Stichentscheid von Ratspräsident Stéphane Rossini (SP, VS) beschloss der Nationalrat mit 91 gegen 90 Stimmen und 6 Enthaltungen, auf den bundesrätlichen Gegenvorschlag zur Initiative „Grüne Wirtschaft“ einzutreten. Voraussichtlich im Herbst kommt es zur Detailberatung. Mit ihrer Initiative wollen die Grünen erreichen, dass der Ressourcen- und Energieverbrauch sinkt. Der ökologische Fussabdruck solle bis 2050 auf eine Erde reduziert werden. Dem Bundesrat geht das zu weit. Aber auch er findet, die Schweizer Wirtschaft sollte grüner werden. Daher legte er als indirekten Gegenvorschlag Änderungen des Umweltschutzgesetzes vor; diese wurden vom Ständerat im letzten Herbst nochmals entschärft und wirtschaftsfreundlicher gestaltet.  
(BaZ 19.06.15)
- 16.06. **Parlamentarisches Drama um das Mini-Sparprogramm KAP ist zu Ende** – Nach zweieinhalbjährigem Hin und Her hat das Parlament das sogenannte Konsolidierungs- und Aufgabenprüfungspaket 2014 (KAP) endlich unter Dach und Fach gebracht. In seiner Endfassung entlastet das Sparpaket den Bundeshaushalt um total 631 Millionen Franken. Das sind 106 Millionen Franken oder rund 15 Prozent weniger, als der Bundesrat im Dezember 2012 ursprünglich beantragt hatte. Vor allem im Sozialbereich und in der Landwirtschaft wurden Sparvorschläge des Bundesrates herausge-

strichen. Im Verkehrsbereich sieht es für das Jahr 2016 Ausgabenkürzungen im Bereich der Nationalstrassen im Betrag von 95 Millionen Franken sowie im Bereich des Schienenverkehrs im Betrag von 40 Millionen Franken vor. Diese Einsparungen sollen durch Priorisierungen bzw. Effizienzsteigerungen erreicht werden.

In der Schlussabstimmung vom 19. Juni wird die KAP-Vorlage im Nationalrat mit 136 zu 57 Stimmen und im Ständerat mit 36 zu 9 Stimmen verabschiedet.

(NZZ 17.06.15; NZZ 19.06.15; BBl 2015 S. 5013)

- 14.06. **Volk gegen den Stadttunnel Zug** – Im Kanton Zug ist das Projekt eines Stadttunnels klar gescheitert, der den Kantonshauptort zusammen mit einer ganzen Reihe von flankierenden Massnahmen vom Durchgangsverkehr entlasten sollte. Im Zentrum des Projekts stand ein 2,7 km langer Tunnel mit vier Zufahrtsstrassen und einem unterirdischen Kreisels als Drehscheibe. Die Zuger Innenstadt sollte dadurch vom Verkehr entlastet werden. Die Zuger Stimmberechtigten lehnten das 890 Millionen Franken teure Strassenvorhaben mit 62,8 Prozent Nein-Stimmen klar ab. Alle elf Gemeinden erteilten dem als „Jahrhundertprojekt“ bezeichneten Tunnel eine klare Absage.  
(NZZ 15.06.15)

- 14.06. **Keine Zuschüsse für Elektro-Autos im Kanton Tessin** – Die Tessiner müssen ihr Elektrofahrzeug auch weiterhin ganz aus eigener Tasche zahlen. Ein bereits vom Tessiner Grossen Rat gesprochener 16-Millionen-Franken-Förderkredit für Öko-Mobilität ist vom Stimmvolk abgelehnt worden. 33 Prozent der Stimmenden sagten Ja, 66 Prozent sprachen sich dagegen aus. Die Tessiner Jungliberalen, unterstützt von der Jungen SVP hatten sich mit einem Referendum gegen den Zuschuss für verbrauchsarme Fahrzeuge gewandt, weil er über eine Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer finanziert werden sollte.  
(News Schweizer Radio und Fernsehen SRF 14.06.15)

- 14.06. **Zürich bewilligt 120-Millionen-Kredit für die Veloförderung** – Obwohl etwas mehr als die Hälfte der Stimmenden der Stadt Zürich Ja sagte zur Velo-Initiative der Grünen, ist sie an der Urne gescheitert. In der Stichfrage lag nämlich der gemässigte Gegenvorschlag des Stadtrats obenauf. Er sieht einen Rahmenkredit von 120 Millionen Franken für Velowege und Velostationen vor. Die Velo-Initiative der jungen Grünen hätte einen 200-Millionen-Franken-Kredit vorgesehen.  
(NZZ 15.06.15)

- 11.06. **Neuwagen verbrauchen durchschnittlich noch 6,11 Liter Benzin pro 100 km** – 6,11 Liter Benzinäquivalent pro 100 Kilometer betrug der durchschnittliche Treibstoffverbrauch der 2014 in der Schweiz neu in Verkehr gesetzten Personenwagen. Gegenüber dem Vorjahr (2013: 6,24 l/100 km) entspricht dies einer Abnahme um 2.1%. Insbesondere die technische Effizienz der Neuwagen hat sich weiter verbessert: Der Verbrauch pro 1'000 kg Fahrzeuggewicht ist um 3.1% gesunken und betrug 2014 noch 4,05 LBÄ/100 km. Das Leergewicht der Neuwagen liegt mit 1'507 kg im Bereich der vergangenen Jahre (2012: 1'510 kg, 2013: 1'492 kg). Der durchschnittliche Hubraum der Neuwagen hat geringfügig zugenommen und liegt neu bei 1'810 ccm (+7 ccm gegenüber Vorjahr). Der starke Rückgang 2007 bis 2011 setzt sich zurzeit nicht fort. Der Anteil an ganz oder teils elektrisch betriebenen Autos lag 2014 bei rund 0,9 Prozent aller Neuzulassungen (2013: 0,6%). Leicht gesunken ist der Anteil Diesel-Fahrzeuge. Er

liegt bei 37,2 Prozent (2013: 37,4%)  
(BFE-Info 11.06.15; NZZ 12.06.15)

#### 11.06. **CO2-Emissionen von Neuwagen 2014 – Importeure erreichen das Zwischenziel -**

Seit dem 1. Juli 2012 gelten in der Schweiz analog zur EU CO2-Emissionsvorschriften für neue Personenwagen. Die Schweizer Importeure sind verpflichtet, die Emissionen der erstmals zum Verkehr in der Schweiz zugelassenen Personenwagen bis 2015 im Durchschnitt auf 130 Gramm CO2 pro Kilometer zu senken. Andernfalls wird eine Sanktionsabgabe fällig.

Bis Ende 2014 galt eine schrittweise Einführung der Zielwerte: So mussten bei den Grossimporteuren nur 80 Prozent der Neuwagenflotte die Vorgabe erfüllen und bei den Kleinimporteuren wurden nur 80 Prozent der Sanktion fällig. Ab dem Jahr 2015 wird die gesamte Flotte die Zielvorgaben erfüllen müssen, beziehungsweise wird bei Kleinimporteuren der gesamte Sanktionsbetrag fällig.

Die durchschnittlichen CO2-Emissionen der 305'000 Neuwagen lagen bei rund 142 g CO2/km, die der effizientesten und damit sanktionsrelevanten 80 Prozent bei 128 g CO2/km. Das Zwischenziel für das Jahr 2014 von 130 g CO2/km wurde damit im Schnitt erreicht. Einzelne Importeure überschritten jedoch die individuelle Zielvorgabe und mussten eine Sanktion entrichten. Das Total dieser Sanktionen belief sich auf 1,7 Millionen Franken.

(BFE-Info 11.06.15)

#### 04.06. **Laut Ständerat soll der Güterverkehr Kernaufgabe der SBB bleiben –**

Der Ständerat will nicht wie die grosse Kamme den Gütertransport von der Liste der Kernaufgaben der SBB streichen. Mit 25 zu 17 Stimmen entschied sich der Ständerat, beim geltenden Recht zu bleiben, und schuf damit eine Differenz zum Nationalrat. Auch die Überführung in ein eigenständiges Unternehmen soll viel langsamer angegangen werden.

Während der Nationalrat per Motion vom Bundesrat eine entsprechende Vorlage verlangt, bestellt der Ständerat per Postulat bei der Regierung vorerst einen Bericht, der die verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigt. Der Ständerat lehnte die Motion des Nationalrats mit 30 zu 11 Stimmen ab und überwies stattdessen das Postulat oppositionslos. Schliesslich hat die kleine Kammer den Entscheid des Nationalrats bestätigt, wonach der Bund den Ausbau des Rheinhafens unterstützen kann. Im Unterschied zur grossen Kammer will der Ständerat dafür aber keinen separaten Kredit, sondern stockte den geplanten Güterverkehrs-Rahmenkredit für die nächsten vier Jahre um 40 Millionen Franken auf 250 Millionen Franken auf.

(NZZ 05.06.15; BaZ 05.06.15)

#### 03.06. **Nationalrat lehnt „Milchkuh-Initiative“ ab –**

Der Nationalrat will die Einnahmen aus der Mineralölsteuer nicht ausschliesslich für den Strassenverkehr verwenden. Nach dem Ständerat lehnt auch die grosse Kammer die „Milchkuh-Initiative“ ab. Umstritten war die Verknüpfung mit dem geplanten NAF-Strassenfonds. Eine knappe Mehrheit von 93 gegen 91 Stimmen lehnte dieses Vorgehen ab mit der Begründung, die Initianten hätten keine Signale der Kompromissbereitschaft gesendet.

In der Schlussabstimmung vom 19. Juni wird die Initiative im Nationalrat mit 123 zu 66 Stimmen und im Ständerat mit 32 zu 4 Stimmen verabschiedet.

(BaZ 04.06.15; NZZ 04.06.15; NZZ 19.06.15; BBl 2015 S. 4849)

- 27.05. **Wer viel fährt, soll auch mehr bezahlen** – Der Bundesrat hat erste Bezahlmodelle vorgestellt, mit denen er die Verkehrsströme lenken will. Das Zauberwort heisst Mobility Pricing. Wer zu Spitzenzeiten mehr fährt, der soll dafür auch mehr bezahlen. Die Landesregierung hat den Entwurf des Konzeptberichts Mobility Pricing in eine Anhörung geschickt. Der Bericht enthält noch keinen Auftrag für eine allfällige spätere Umsetzung. Er soll aber eine politische Debatte anstossen, wie Kapazitäts- und Finanzierungsprobleme im Schweizer Verkehr künftig gelöst werden könnten. Mit diesem neuen System soll insgesamt nicht mehr, sondern anders bezahlt werden. Die Anhörung dauert bis zum 17. September.  
(ASTRA Info 27.05.15; BaZ 28.0.15)
- 20.05. **Neue Pflichtlagerorganisation Erdgas** – Der Bundesrat hat die Totalrevision der Verordnung über die Pflichtlagerhaltung von Erdgas gutgeheissen. Sie tritt am 1. Oktober 2015 in Kraft. Damit wird die Voraussetzung für eine Pflichtlagerorganisation der Erdgasbranche geschaffen. Die Branche erhält die Möglichkeit, privatwirtschaftliche Garantiefonds zur Finanzierung der Pflichtlagerhaltung zu gründen, um eine effiziente und wettbewerbsneutrale Lagerhaltung sicherzustellen.  
(BWL-Info 20.05.15)
- 17.05. **Angetrunkene Fahrer werden härter bestraft** – Die Konferenz der Schweizer Staatsanwälte hat ihre Empfehlungen für die Bestrafung von angetrunkenen Autofahrern revidiert, allerdings nur bei den schwereren Vergehen. Seit einigen Monaten gilt bei einem Wert von 0,8 Promille oder mehr Alkohol im Blut eine Strafe von 20 Tagessätzen, wie die „NZZ am Sonntag“ berichtet. Das ist doppelt so viel wie bisher. Bei 1,2 Promille ergibt sich ebenfalls eine Verdoppelung, auf 40 Tagessätze. Ab 2 Promille werden neu 100 statt 60 Tagessätze ausgesprochen. Ein Tagessatz entspricht, je nach finanziellen Verhältnissen der Schuldigen, zwischen 30 und 3000 Franken. Begründet werden die Anpassungen mit härteren Strafen in anderen Bereichen, etwa bei zu schnellem Fahren.  
(NZZ am Sonntag 17.05.15)
- 14.05. **Kein Masterplan E-Mobilität** – Der Bundesrat hat den Bericht zur Motion „Elektromobilität. Masterplan für eine sinnvolle Entwicklung“ der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats verabschiedet. Die Quintessenz seiner Analyse lautet, dass die im Vorstoss geforderte „beschleunigte Marktdurchdringung des elektrisch motorisierten Individualverkehrs in der Schweiz“ den Zielsetzungen der bereits lancierten Energiestrategie 2050 entspreche. Die in der Motion angeregte Erstellung eines spezifischen Masterplans Elektromobilität erachtet die Landesregierung nicht für notwendig.  
(NZZ 15.05.15)
- 12.05. **Selbstfahrendes Auto in Zürich unterwegs** – Erstmals bewegt sich ein Auto ohne Fahrereinwirkung durch Zürich.  
(NZZ 12./13.05.15)
- 03.05. **Senioren bauen immer mehr Autounfälle** – Die Zahl der Autounfälle, die von über 70-jährigen Lenkern verursacht wurden, ist zwischen 2011 und 2014 um zwölf Prozent auf 4500 gestiegen. Das geht aus einer Analyse von 210'000 Unfällen hervor, die von den Schweizer Polizeistellen registriert wurden. Die steigende Zahl von Senioren am

Steuer vermag den neuen Höchststand nicht abschliessend zu erklären, zumal die Unfälle bei anderen Altersklassen zurückgingen, wie die Sonntagszeitung schreibt. (Sonntagszeitung 03.05.15)

- 28.04. UVEK bewilligt Pilotprojekt für Test mit autonomem Fahrzeug** – Selbstfahrende Autos sind im Ausland auf Teststrecken bereits seit längerem unterwegs. Die dazu nötige Technik ist weit fortgeschritten. In der Schweiz besteht nun ebenfalls Interesse, Erfahrungen mit autonomen Fahrzeugen zu sammeln. Das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) hat darum Swisscom die dafür nötige Ausnahmegewilligung für ein Pilotprojekt erteilt. Diese ist bis Ende Jahr gültig und räumlich beschränkt: Erste Testfahrten werden in der Stadt Zürich erfolgen. Zum Einsatz kommt im Rahmen des Pilotprojekts ein Fahrzeug der Freien Universität Berlin. (ASTRA-Info 28.04.15)
- 27.04. Leichter Anstieg der Treibhausgasemissionen** – Der Treibhausgasausstoss der Schweiz betrug gemäss Inventar des Bundesamts für Umwelt (BAFU) im Jahr 2013 insgesamt 52,6 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente. Er war leicht niedriger als im Basisjahr 1990 (53,4 Mio) und leicht höher als im Jahr 2012 (51,7 Mio). Die Zunahme ist auf den kalten Winter zurückzuführen. Berücksichtigt man die besonderen klimatischen Einflüsse, sind die Emissionen 2013 gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Millionen Tonnen gesunken. Witterungsbereinigt schreibt sich somit der seit 2008 beobachtete jährliche Rückgang um rund 1 Prozent fort. Das Sektorziel für den Verkehr verlangt, dass die Emissionen bis 2015 auf das Niveau von 1990 sinken. Der Wert vor 2013 lag 10 Prozent höher als 1990. Der leichte Rückgang, der seit 2008 zu beobachten ist, müsste sich laut BAFU noch deutlich verstärken, damit das Zwischenziel erreicht wird. Weil die Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffe und die Kompensationspflicht für Treibstoffimporte erst seit 2014 greifen, zeigen sie im vorliegenden Inventar noch keine Wirkung. (BAFU-Info 27.04.15)
- 15.04. Erleichterungen für gewisse Elektrofahrzeuge** – Der Bundesrat hat die technischen Bestimmungen und Verkehrsregeln für Fahrzeuge wie Elektro-Stehroller oder Elektorikschas angepasst. Stehrollerartige Fahrzeuge werden bei den Verkehrsregeln vollständig und rikschaartige Fahrzeuge teilweise den langsamen E-Bikes (bis 25 km/h) gleichgestellt. Stehrollerartige Fahrzeuge dürfen somit neu zum Beispiel Velowege benutzen. Sie dürfen ab 14 Jahren mit dem Führerausweis für Motorräder („Töffliausweis“) und ab 16 Jahren ohne Ausweis gefahren werden. Rikschaartige Fahrzeuge dürfen ebenfalls auf Velowegen fahren, wenn sie nicht breiter sind als ein Meter. Zum Führen eines rikschaartigen Fahrzeugs berechtigen alle Motorradausweise, der Ausweis B (Personenwagen) oder der Ausweis F (Ausweis bis 45 km/h). Das Fahren einer Rikscha ist künftig ab 16 Jahren möglich. Neu wird für motorisierte Rollstühle geregelt, dass nur gehbehinderte Personen damit die Fussgängerflächen benutzen dürfen. Die Verordnungsänderungen treten am 1. Juni 2015 in Kraft. (news.admin.ch 15.04.15)
- 14.04. Der Verkehr verursacht jährliche Kosten von 95 Milliarden Franken** – Die Gesamtkosten des Verkehrs in der Schweiz beliefen sich im Jahr 2010 auf 94,7 Milliarden Franken. Dies entspricht pro Einwohner rund 12'000 Franken. Dazu trugen der Strassenverkehr 78,0 Milliarden, der Schienenverkehr 10,3 Milliarden und der Luftverkehr

6,4 Milliarden Franken bei. Keine der Nutzergruppen hat die verursachten Kosten vollumfänglich selbst getragen, weder im Personen- noch im Güterverkehr. Dies zeigen die neuesten Ergebnisse der Statistik der Kosten und der Finanzierung des Verkehrs des Bundesamts für Statistik (BFS).

Die Anschaffung, der Betrieb und der Unterhalt der Verkehrsmittel (Strasse, Schiene, Luft zusammen) kosteten im Jahr 2010 58,6 Milliarden Franken. Dies ist annähernd viermal so viel wie für Betrieb, Ausbau und Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur (15,6 Milliarden Franken). Weitere 12,0 Milliarden Franken wurden durch Unfälle und 8,5 Milliarden durch negative Auswirkungen auf die Umwelt und Gesundheit verursacht.

Am höchsten war der Anteil der Verkehrsmittelkosten im Strassengüterverkehr (77%), gefolgt vom privaten Motorfahrzeugverkehr (65%) und Luftverkehr (64%). Bei der Schiene spielten die Infrastrukturkosten mit 47 Prozent eine überdurchschnittliche Rolle. Die Umwelt- und Gesundheitskosten waren anteilmässig im Luftverkehr mit 15 Prozent am stärksten ausgeprägt. In absoluten Zahlen betrachtet, war der motorisierte Strassenverkehr mit 6,8 Milliarden Franken für über drei Viertel der Umwelt- und Gesundheitskosten verantwortlich.

Der Personenverkehr verursachte Kosten von 73,6 Milliarden Franken, also mehr als drei Viertel der Gesamtkosten des Verkehrs. Davon entfielen 59,6 Milliarden Franken auf den Strassenverkehr. Der Schienenverkehr kostete 8,3 Milliarden, der Luftverkehr 5,7 Milliarden Franken. Demgegenüber war der Güterverkehr mit 21,1 Milliarden Franken lediglich für einen Viertel der Gesamtkosten verantwortlich. Auf der Strasse verursachten die Transporte mit Lieferwagen höhere Kosten als jene mit schweren Fahrzeugen (9,5 versus 8,8 Mrd. Fr.). Weit weniger bedeutend waren demgegenüber die Kosten des Güterverkehrs auf der Schiene (2,0 Mrd. Fr.) oder in der Luft (0,7 Mrd. Fr.). Im Personenverkehr wurden 83 Prozent der Kosten von den Verkehrsnutzenden finanziert. Im privaten motorisierten Strassenverkehr lag der entsprechende Anteil mit 90 Prozent etwas höher. Der öffentliche Verkehr wird staatlich unterstützt. Dies führt dazu, dass Bahnpassagiere und öffentliche Hand mit 48 beziehungsweise 47 Prozent etwa einen gleich grossen Kostenanteil übernehmen. Im Luftverkehr konnten 83 Prozent der Kosten durch Transportentgelte gedeckt werden. Auch im Güterverkehr auf der Strasse wurde keine vollständige Kostendeckung erreicht. Im Schwerverkehr war sie mit 97 Prozent etwas höher als bei den Lieferwagen (94%). Im Schienengüterverkehr übernehmen die Verkehrsnutzenden lediglich 54 Prozent der Kosten. (BFS-Info 14.04.15)

**13.04. 9,2 Milliarden Franken Strassen- und Autosteuern des Bundes im Jahr 2014** - Die Steuern, die der Bund auf dem Treibstoff (Mineralölsteuer), der Einfuhr von Fahrzeugen (Automobilsteuer, Zollerträge), der Benützung des helvetischen Strassennetzes (LSVA, Autobahnvignette) sowie auf den Umsätzen aus dem Verkauf von Treibstoffen, Fahrzeugen und Fahrzeugbestandteilen (Mehrwertsteuer) erhebt, haben im Jahr 2014 insgesamt 9,2 Milliarden Franken betragen. Das ist mehr als ein Sechstel der gesamten Fiskaleinnahmen des Bundes. Unter Einbezug des Saldoüberhangs im Infrastrukturfonds (IF) zur Fertigstellung des Nationalstrassennetzes und zur Beseitigung von Engpässen sowie für Massnahmen im Agglomerationsverkehr und Hauptstrassen standen dem Bund 2014 sogar 9,3 Milliarden Franken an Strassen- und Autosteuern zur Deckung seiner Verbindlichkeiten zur Verfügung.

Rund 44 Prozent (4,1 Mrd. Franken) dieser Summe sind via allgemeine Bundeskasse irgendwelchen Aufgaben, d.h. ohne Zweckbindung, zugutegekommen. Bloss zirka

32 Prozent (3 Mrd. Franken) wurden für Strassenaufgaben wie z.B. den Unterhalt, Betrieb und Ausbau von Nationalstrassen verwendet. Ein Sechstel (16,3%; 1,5 Mrd. Franken) ist hingegen in die Finanzierung der Eisenbahngrossprojekte (FinöV) – Neue Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT), Bahn 2000 bzw. ZEB, Lärmschutzmassnahmen, Anschluss der Ost- und Westschweiz an das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz (HGV) – sowie in Schieneninfrastrukturen in Agglomerationen investiert worden. Über fünf Prozent (485 Mio. Franken) gingen in Form von LSVA-Erträgen ohne ausdrückliche Zweckbindung an die Kantone. Von rund vier Prozent (337 Mio. Franken) profitierten Schutzmassnahmen (Umwelt, Landschaft und Naturgefahren) sowie Forschung, Verwaltung und Diverses.  
(Info strasseschweiz 13.04.15)

**08.04. Alpenquerender Verkehr. Weniger Lastwagen** – Im vergangenen Jahr konnte die Eisenbahn beim Gütertransport durch die Alpen zulegen: Die Menge der auf der Schiene beförderten Güter wuchs um 3,5 Prozente. Auf der Strasse nahm die Transportmenge um 2 Prozent ab und die Zahl der Lastwagenfahrten ging um 1,6 Prozent auf 1,033 Millionen Fahrten zurück; sowenig wie seit 20 Jahren nicht mehr. Dies zeigt der vom Bundesamt für Verkehr (BAV) veröffentlichte Bericht mit den Kennzahlen 2014 für den alpenquerenden Güterverkehr. Der Marktanteil der Schiene beträgt im alpenquerenden Verkehr 67,3 Prozent, das ist der höchste Wert seit der Einführung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) im Jahr 2001.  
(BAV-Info 08.04.15)

**06.04. Mehr als 45 Stunden Stau am Gotthard** – Noch nie haben sich über Ostern die Autos so lange vor dem Gotthard-Nordportal gestaut wie dieses Jahr. Der Stau löste sich erst nach über 45 Stunden auf. Die Aussicht auf mildes Wetter hatte viele Kurzentschlossene in den Süden gelockt. Das Resultat war ein Dauerstau in Richtung Süden, der sich von Mittwoch bis Freitagabend kaum je auflöste. Auch zwischen Chur und dem San-Bernardino-Tunnel, vor dem Tunnel durch den Grossen St. Bernhard und am Autoverlad beim Simplon gab es lange Wartezeiten.  
(NZZ 07.04.15)

**02.04. Bau der NEAT kostet weniger als geplant** – Der Bau der NEAT wird weniger kosten als angenommen. Die Schlussrechnungen zu den Vortriebs- und Betonarbeiten am Gotthard lagen im vergangenen Jahr unter dem Budget und die finanziellen Risiken gehen mit dem Baufortschritt zurück. Das BAV konnte deshalb die NEAT-Endkostenprognose per Ende 2014 von 18,5 auf 18,2 Milliarden Franken senken (Preisstand 1998). Zu heutigen Preisen und unter Einbezug der Mehrwertsteuer und Bauzinsen sinkt die Kostenprognose dank der geringen Teuerung von 24 auf 23 bis 23,5 Milliarden Franken. Das geht aus dem Standbericht 2014 hervor, den das Bundesamt für Verkehr (BAV) jeweils zuhause der Finanzdelegation der beiden Räte und der NEAT-Aufsichtsdelegation erstellt. Der Gotthard-Basistunnel soll im Dezember 2016 in Betrieb gehen, der Ceneri-Basistunnel im Dezember 2019.  
(BAV-Info 02.04.15)

**02.04. Wiederum mehr Staus auf Schweizer Nationalstrassen** – Im vergangenen Jahr legten alle Fahrzeuge auf den schweizerischen Nationalstrassen 26,89 Milliarden Kilometer zurück. Das sind 1,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Dies geht aus den Verkehrsflusszahlen 2014 des Bundesamts für Strassen (ASTRA) hervor. Die Anzahl Staustunden er-

höhte sich um 4,6 Prozent auf 21'509 Stunden. Im Vorjahr lag die Zunahme bei 3,4 Prozent. Für 85 Prozent der Staus sind Verkehrsüberlastungen verantwortlich (18'395 Stunden; plus 7%). Staus wegen Unfällen und Baustellen gingen wie im Vorjahr zurück, wobei vor allem Staus wegen Baustellen stark reduziert werden konnten (-32%). (ASTRA Info 02.04.15)

**31.03. Lärm auf Nationalstrassen: Aktueller Stand und Ausblick** – Der Bund hinkt den Bestimmungen für den Lärmschutz entlang den Nationalstrassen hinterher. Bis Ende März 2015 hätte er alle geplanten Lärmschutzmassnahmen umsetzen sollen. Geschafft hat er dies aber erst auf insgesamt 1650 Kilometern Autobahn oder 90 Prozent. Bis heute wurden 2,8 Milliarden Franken in den Lärmschutz auf den Nationalstrassen investiert. Die restlichen Abschnitte wird das Bundesamt für Strassen (ASTRA) in den kommenden Jahren sanieren, einen grossen Teil bis 2018. Lärmschutz ist angesichts des wachsenden Verkehrsaufkommens eine Daueraufgabe geworden. Deshalb rechnet das ASTRA bis 2030 mit weiteren Investitionen von gesamthaft 1,3 Milliarden Franken. (ASTRA Info 31.03.15; NZZ 01.04.15)

**26.03. Strassenverkehr fordert 2014 weniger Tote und Schwerverletzte** – Im Jahr 2014 sind bei Unfällen auf den Schweizer Strassen 243 Menschen tödlich verunglückt. Das sind 26 Personen oder 10 Prozent weniger als im Vorjahr. Zum zweiten Mal in Folge ging damit die Zahl der getöteten Personen markant zurück. Auch bei den Schwerverletzten sank die Zahl um 86 auf 4043 Menschen. Insgesamt ereigneten sich 2014 auf den Schweizer Strassen 17'803 Unfälle mit Personenschäden. Eine Verschlechterung der Bilanz ist bei den Fahrradfahrenden zu verzeichnen: 2014 verunglückten 29 Fahrradfahrende tödlich, zwölf mehr als im Vorjahr. Bei den Schwerverletzten beträgt die Zunahme 13 Prozent. Auch bei den E-Bikes setzt sich die seit 2012 ausgewiesene negative Entwicklung im Fall der Schwerverletzten fort. Es wurden 145 Personen schwer verletzt, 31 mehr als im Jahr zuvor. Bei den Fussgängerinnen und Fussgängern verunglückten 2014 43 Personen tödlich, so wenig wie noch nie in den letzten Jahren. Im Vergleich mit dem Durchschnitt der vorhergehenden fünf Jahre entspricht dies einem Rückgang von 38 Prozent. (Info ASTRA 26.03.15)

**25.03. Wieviel ein Verkehrsunfall die Allgemeinheit kostet** – Mit einer nachgestellten Kollision zweier Fahrzeuge wurde zum ersten Mal ein Verkehrsunfall unter wirklichkeitsgetreuen Bedingungen simuliert. Dieser Informations- und Präventionsevent von TCS, der Waadtländer Kantonspolizei und den zuständigen Behörden von Lausanne und des Kantons Waadt und der Rega wurde vor dem Hintergrund der Kampagne „Das richtige Verhalten“ durchgeführt. Er wollte aufzeigen, welche Kosten bei einem Unfall effektiv entstehen. In der Schweiz summieren sich die Folgekosten aus den Verkehrsunfällen wie medizinische Behandlung, Transportdienstleistungen, Einsatz von Personen und Material usw. auf rund 4,2 Milliarden Franken. (Info TCS 25.03.15)

**24.03. Verkehrskommission des Nationalrats sagt Nein zur Milchkuh-Initiative** – Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats beantragt mit 15 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen, die Volksinitiative „für eine faire Verkehrsfinanzierung“ zur Ablehnung zu empfehlen. Die Kommissionsmehrheit ist der Auffassung, dass mit



dem Vorschlag der Volksinitiative die Finanzierungsprobleme bei den Aufgaben im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr lediglich auf andere Bereiche verlagert würden. Vorgängig hatte die Kommission mit Stichtscheid des Präsidenten einen Antrag abgelehnt, der verlangte, dass die Volksinitiative gemeinsam mit dem Entwurf zur Einrichtung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF) behandelt wird.

(Info KVF-NR 24.03.15)

- 20.03. **Änderungen von Doha in den Eidgenössischen Räten genehmigt** – Nationalrat und Ständerat haben in der Schlussabstimmung die Ratifizierung eines weiteren Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über die Klimaänderungen genehmigt. Diese sogenannten „Änderungen von Doha“ wollen im Rahmen der zweiten Verpflichtungsperiode (2013-2020) unter dem Kyoto-Protokoll die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 20 Prozent senken, was im Einklang mit dem revidierten CO<sub>2</sub>-Gesetz möglich ist.  
(Amtl. Bulletin)
- 19.03. **Nationalrat verbessert Bedingungen für den Schienengüterverkehr** – Mit einem Bündel von Massnahmen will die grosse Kammer den Schienengüterverkehr in der Fläche fördern. Der alpenquerende Transitverkehr ist dabei ausgeklammert. Ausserdem soll SBB Cargo in ein eigenständiges Unternehmen überführt werden. Neu soll im Gütertransportgesetz der Grundsatz der Eigenwirtschaftlichkeit gelten. Die SBB sind von ihrer Pflicht zum Gütertransport befreit. Anstelle der bisherigen Betriebssubventionen will der Bund in Zukunft Investitionsbeiträge leisten. Der Bund kann bis zu 60 Prozent der Investitionsvolumen für private Gleisanschlüsse auf Verladeterminals des kombinierten Verkehrs tragen. Gegen den Willen des Bundesrats sollen nicht nur Bau und Erweiterungen von solchen Anlagen, sondern auch die Erneuerung unterstützt werden. Dies sind Betriebssubventionen, die mit der Vorlage eigentlich abgelöst werden sollten. Für die nächsten vier Jahre will der Nationalrat 250 Millionen Franken für Anlagen des Schienengüterverkehrs zu Verfügung stellen. Die vom Rat bewilligte Aufstockung um 40 Millionen gegenüber der Variante Bundesrat wurde mit dem Einbezug von Erneuerungen als Investitions-Tatbestand begründet. Um der zunehmenden Verdrängung des Güterverkehrs auf der Schiene entgegenzuwirken, soll der generelle Vorrang des Personentransports aufgehoben werden. An seine Stelle tritt ein Netznutzungskonzept, welches die Trassen für den Güterverkehr sichern soll. Der Nationalrat folgte damit in den grossen Linien den Vorschlägen des Bundesrats und hiess die Reform des Gütertransportgesetzes mit 135 zu 51 Stimmen gut.  
(NZZ 20.03.15)
- 17.03. **Smog-Tempo auf den Autobahnen im Kanton Genf** – Aufgrund erhöhter Feinpartikelbelastung (PM<sub>10</sub>) während zweier Tage ist die maximale Geschwindigkeit auf den Autobahnen rund um Genf auf 80 km/h beschränkt. Damit wendet der Kanton Genf diese Massnahme zur Reduktion der Luftschadstoffbelastung erstmals an. Sie soll aufgehoben werden, sobald die Immissionsmessungen einen Feinstaubgehalt der Luft unter 50 Mikrogramm pro Kubikmeter ergeben. Die Genfer Regierung hatte im November 2014 entschieden, bereits ab 50 anstatt ab 75 Mikrogramm Feinstaub aktiv zu werden.  
Der Kanton Genf hat die Tempobeschränkung auf den Umfahrungsautobahnen Genfs

am 23. März 2015 wieder aufgehoben.  
(Info Kanton Genf 17.03.15; 20 Minuten 23.03.15)

- 17.03. **Erster Durchschlag im Ceneri** – Seit heute Mittag ist die Weströhre des Ceneri-Basistunnels gegen Süden durchschlagen. Wie die Alptransit Gotthard AG (ATG) mitteilt, erfolgte der Durchschlag zwischen den Bauabschnitten Sigirino und Vezia 13 Monate früher als geplant. Bereits Ende dieses Monats dürfte der Durchschlag der Oströhre Richtung Süden stattfinden. Ziel ist es, den Ceneri-Basistunnel im Dezember 2019 vollumfänglich in Betrieb zu nehmen.  
(NZZ 18.03.15)
- 15.03. **Der Automobilsalon bleibt ein Publikumsmagnet** – Das Interesse der Besucher für den Internationalen Automobilsalon in Genf hat sich bestätigt; insgesamt 682'000 Eintritte waren dieses Jahr verbucht worden. Damit liegt die Anzahl der Besucher etwas höher als letztes Jahr (+1,8%).  
(Medienmitteilung Automobilsalon 15.03.15)
- 13.03. **Bundesrat eröffnet Vernehmlassung für ein Klima- und Energielenkungssystem** – In der Klima- und Energiepolitik soll ab 2021 der Übergang vom Förder- zum Lenkungssystem stattfinden. Grundlage für diese zweite Etappe der Energiestrategie 2050 bildet ein Verfassungsartikel über Klima- und Stromabgaben sowie Übergangsbestimmungen, mit denen der schrittweise Abbau der bestehenden Fördermassnahmen und der Übergang zum Lenkungssystem näher geregelt werden. Lenkungsabgaben sollen einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass die Treibhausgasemissionen vermindert werden und die Energie sparsam und effizient genutzt wird. Der vorgeschlagene Verfassungsartikel legt fest, dass Abgaben auf Brenn- und Treibstoffen sowie Strom erhoben werden. Der Bundesrat beabsichtigt jedoch, die Treibstoffe in einer ersten Phase nicht der Lenkungsabgabe zu unterstellen. Dies vor dem Hintergrund, dass in der Vorlage zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) bereits eine Erhöhung des Mineralölsteuereinzugs um 6 Rappen pro Liter vorgesehen ist. Die Erträge aus den Klima- und Stromabgaben werden an die Bevölkerung und die Wirtschaft rückverteilt. Die Vernehmlassung zu dieser Vorlage, die heute vorgestellt worden ist, dauert bis zum 12. Juni 2015.  
(EFV-Info 13.03.15)
- 11.03. **Service public soll nicht in die Verfassung** – In der Bundesverfassung soll kein neuer Grundsatz zum Service public verankert werden. Der Nationalrat hat es abgelehnt, auf eine entsprechende Vorlage einzutreten. Der Ständerat hatte dem Artikel zugestimmt. Der Entscheid im Nationalrat fiel mit 101 zu 85 Stimmen bei einer Enthaltung. Die Gegner aus den Reihen der SVP, FDP, BDP und GLP versicherten, die Grundversorgung sei auch ihnen wichtig. Die geplante Verfassungsbestimmung sei aber überflüssig.  
(BaZ 12.03.15)
- 11.03. **Der Ständerat lehnt die Milchkuh-Initiative ab** – Der Ständerat empfiehlt die „Milchkuh-Initiative“ mit 31 zu 4 Stimmen klar zur Ablehnung. Ebenso die Verknüpfung der Initiative mit der Vorlage zu einem neuen Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds lehnte der Rat mit 31 zu 4 Stimmen (8 Enthaltungen) ab. Für Kritik sorgten vor allem die befürchteten Steuerausfälle von 1,5 Milliarden Franken. Mit

ihrer Volksinitiative „Für eine faire Verkehrsfinanzierung“ wollen Automobilimporteure und Strassenverbände erreichen, dass die Einnahmen aus der Mineralölsteuer vollständig dem Strassenverkehr zugute kommen. Die Mineralölsteuer im Umfang von rund 3 Milliarden Franken fliesst heute je zur Hälfte in den Strassenverkehr und in die allgemeine Bundeskasse.

(BaZ 12.03.15; NZZ 12.03.15)

#### 10.03. **Steuerabzug für Fahrkosten: Obergrenze von 3000 Franken gilt beim Bund ab 2016 –**

Unselbständig Erwerbende dürfen bei der direkten Bundessteuer künftig maximal 3000 Franken für berufsbedingte Fahrkosten vom steuerbaren Einkommen abziehen. Als Folge des neuen Gesetzes zu Finanzierung und Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI) hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) die Berufskostenverordnung auf den 1. Januar 2016 entsprechend angepasst. Der Bundesrat erwartet aus dieser Massnahme Mehreinnahmen bei den direkten Bundessteuern von rund 200 Millionen Franken. Von der Begrenzung betroffen sind etwa 20 Prozent der Steuerpflichtigen.

In verschiedenen Kantonen sind gleiche Anpassungen beim Steuergesetz in Gange, was mit der Annahme der FABI-Vorlage möglich geworden ist. Das geänderte Steuerharmonisierungsgesetz erlaubt den Kantonen, für den Abzug der Fahrkosten einen Maximalbetrag festzusetzen. Die maximale Höhe dieses Abzuges wird von den Kantonen einzeln bestimmt.

(EFD-Info 10.03.15; BaZ 12.06.15)

#### 09.03. **Bodennutzung in der Schweiz 1985 bis 2009 –**

Innert 24 Jahren ist die Siedlungsfläche pro Einwohner und Arbeitsplatz um durchschnittlich 6,5 Prozent gewachsen, weist aber erhebliche regionale Unterschiede auf. Allein das Wohnareal nahm um 44 Prozent zu, doppelt so rasch wie die Bevölkerung. Das Strassenareal vergrösserte sich um 17,2 Prozent. Im gleichen Zeitraum haben die Leistungen im Strassengüterverkehr um sogar 109 Prozent und im privaten motorisierten Verkehr um 22 Prozent zugenommen. Das Bahnareal dehnte sich hingegen um lediglich 2,9 Prozent aus, obschon die Leistungen im Schienengüterverkehr um 34 und im Personenverkehr mit der Bahn um 82 Prozent gewachsen sind. Dies sind Ergebnisse vertiefter Analysen zur Arealstatistik, die das Bundesamt für Statistik (BFS) als Beitrag zum internationalen Jahr des Bodens durchgeführt hat.

(BFS-Medienmitteilung 09.03.15)

#### 08.03. **Allschwil erhält eine Umfahrungsstrasse –**

Die Baselbieter Stimmberechtigten haben die Initiative für eine Umfahrungsstrasse Allschwil mit 61,87 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Damit ist der Kanton Baselland verpflichtet, in Allschwil „mit besonderer Dringlichkeit“ eine Umfahrung zu realisieren.

(BaZ 09.03.15)

#### 08.03. **Schweizer Volk rüttelt an der Energiewende –**

Die Grünliberalen (GLP) haben mit ihrer Volksinitiative für eine Energiesteuer eine brutale Schlappe erlitten. Das Schweizer Stimmvolk hat der Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ mit einem Nein-Anteil von 92 Prozent ein Begräbnis ersten Ranges bereitet. Auf bürgerlicher Seite wird das Ergebnis dieses Urnenganges als klares Misstrauensvotum gegen die Energiestrategie 2050 interpretiert. Für das Erreichen seines Traums vom ökologisch nachhaltigen Atomausstieg bis 2050 würde es ab 2030 ungefähr gleich hohe Abgaben

brauchen, wie sie die Initiative der GLP vorsah.  
(NZZ 09.03.15)

- 06.03. **Botschaft zur Teilrevision des Mineralölsteuergesetzes** – Der Bundesrat hat die Botschaft zur Teilrevision des Mineralölsteuergesetzes zuhanden des Parlaments verabschiedet. Die Anpassungen betreffen einerseits die teilweise Befreiung der Treibstoffe für Pistenfahrzeuge von der Mineralölsteuer und andererseits eine Kompetenzdelegation an die Steuerbehörde für gewisse Steuerbefreiungen.  
(Info EZV 06.03.15)
- 05.03. **85. Internationaler Automobilsalon in Genf öffnet die Tore** – Über 900 Autos von 220 Ausstellern werden am 85. Internationalen Automobil-Salon in Genf gezeigt, der vom 5. Bis 15. März seine Tore öffnet. Während der elf Tage wird mit rund 700'000 Besuchern gerechnet. Auf sie warten rund 130 Welt- und Europapremieren.
- 05.03. **Bund soll mehr für Veloverkehr tun** – Seit heute verfolgt Pro Velo mit der Initiative „Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege („Velo-Initiative“) das Ziel, die Schweiz velofreundlicher zu machen. Mittels Volksentscheid soll der Bund dazu verpflichtet werden, das Velofahren zu fördern. In der Verfassung soll verankert werden, dass der Bund nicht nur die Grundsätze über die Fuss- und Wanderwegnetze festlegt, sondern neu für das Veloverkehrsnetz. Insbesondere sollen aufgehobene Wege zwingend ersetzt werden müssen. Laut den Initianten soll der Veloverkehr gefördert werden, weil Velofahren gesund, umweltschonend, platzsparend und günstig ist.  
(Der Bund 05.03.15)
- 03.03. **Zwei Milliarden Franken für Bau, Ausbau und Unterhalt der Nationalstrassen** – Der Bund investiert 2015 rund 1,95 Milliarden Franken in das Nationalstrassennetz. 630 Millionen davon fliessen in den Bau von neuen Abschnitten, 1,24 Milliarden werden für den Ausbau und Unterhalt des bestehenden Netzes eingesetzt. 75 Millionen Franken fliessen in Projekte zur Beseitigung von Engpässen. In der Wintersession 2014 hat das Eidgenössische Parlament die notwendigen Kredite beschlossen. Das UVEK hat nun die entsprechenden Bauprojekte für 2015 bewilligt.  
(ASTRA-Info 03.03.15)
- 03.03. **Europäischer Umweltbericht: gute und weniger gute Noten für die Schweiz** – Die Luft- und Wasserqualität und die Abfallbewirtschaftung in Europa haben sich verbessert, doch beim Umgang mit den natürlichen Ressourcen, der Erhaltung der Biodiversität und dem Klimaschutz bleibt noch viel zu tun. Dies geht aus dem Bericht „Die Umwelt in Europa 2015“ hervor, der am 3. März 2015 in Brüssel veröffentlicht worden ist. Der Bericht liefert einen weitgehend ähnlichen Befund wie der Schweizer Umweltbericht. Die Schweiz zeichnet sich durch eine hohe Ressourcenproduktivität aus, das heisst einen geringen Verbrauch landeseigener Ressourcen im Verhältnis zu einem hohen Bruttoinlandprodukt. Ihr Treibhausgasausstoss pro Kopf ist europaweit einer der niedrigsten. Sie gehört zu den Ländern, in denen die Mobilität von 2005 bis 2012 am stärksten gestiegen ist. Auch die Autofahrten haben im Unterschied zu den Nachbarländern zugenommen. Die Schweiz ist aber auch das europäische Land mit dem weitaus höchsten Anteil an Zugfahrten (17% in der Schweiz, 5% im europäischen Durchschnitt).  
BAFU-Info 03.03.15)

- 27.02. **Schweiz will Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 Prozent senken** – Die Schweiz will bis 2030 die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 50 Prozent senken. Mindestens 30 Prozent dieser Reduktion sollen durch inländische Massnahmen erzielt werden. Die übrigen 20 Prozent können über Projekte im Ausland herbeigeführt werden. Diese Ziele wurden vom Bundesrat im November 2014 im Rahmen des Verhandlungsmandats für Lima genehmigt und heute bekannt gegeben. Die Schweiz hat das Reduktionsziel von minus 50 Prozent im Hinblick auf die Klimakonferenz im Dezember 2015 der UNO-Klimakonvention gemeldet. Mitte 2016 soll auf nationaler Ebene ein Entwurf zur Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes in die Vernehmlassung gehen. – Die Zielvorgabe des Bundesrats bedeutet, dass die Schweiz in nur zehn Jahren eine Anstrengung zur Reduktion der Treibhausgasemissionen unternehmen muss, welche dem Eineinhalbfachen entspricht, was bis jetzt in den letzten zwanzig Jahren geleistet worden ist.  
(Info UVEK 27.02.15)
- 25.02. **Finanzkontrolle erhebt Mahnfinger zur Verwendung von Strassengeldern** – Die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) sieht nicht alle Budgetposten der insgesamt 3,7 Milliarden Franken schweren Spezialfinanzierung Strassenverkehr (SFSV) durch die bestehenden rechtlichen Grundlagen gedeckt. Bei den knapp 164 Millionen Franken, die jedes Jahr aus der SFSV für die Bereiche Umweltschutz, Heimat- und Landschaftschutz und Schutz vor Naturgewalten aufgewendet werden, empfiehlt die EFK in einem Bericht, genau zu überprüfen, ob dafür Rechtsgrundlagen vorhanden sind. Insbesondere sei abzuklären, ob ein Zusammenhang der ausgeschütteten Beträge mit dem motorisierten Strassenverkehr besteht. Falls nicht, seien die entsprechenden Kredite zu streichen, oder es sei dafür zu sorgen, dass hierzu Rechtgrundlagen geschaffen würden.  
(NZZ 26.02.15)
- 25.02. **Bundesrat verzichtet auf Erhöhung der Mineralölsteuer** – Die Förderung umweltschonender Treibstoffe durch den Bund muss haushaltsneutral erfolgen. Seit dem 1. Juli 2008 sind biogene Treibstoffe von der Mineralölsteuer befreit, sofern sie ökologische und soziale Mindestanforderungen erfüllen. Erd- und Flüssiggase werden seither steuerlich um 40 Rappen je Liter begünstigt. Die aus den Steuererleichterungen resultierenden Ausfälle müssen durch eine höhere Besteuerung des Benzins kompensiert werden. Weil die zu kompensierenden Mengen umweltschonender Treibstoffe stark zunehmen, müsste für eine entsprechende Kompensation der Steuersatz für Benzin um rund 2 bis 2,5 Rappen je Liter angehoben werden. Der Bundesrat verzichtet vorerst auf diese Erhöhung. Er begründet den Entscheid mit der schwierigen Situation für die Wirtschaft nach der Aufhebung des Euro-Mindestkurses.  
(Info EZV 25.02.15; NZZ 26.02.15)
- 24.02. **Weniger Tankstellen in der Schweiz** – Die Zahl der Markentankstellen nahm im Jahr 2014 um 65 auf 3480 ab (-1,9%). Über das grösste Netz verfügen laut Erdöl-Vereinigung die Avia-Unternehmen mit 609 Stationen, gefolgt von Agrola (437), BP (362), Ruedi Rüssel (350) und Migrol (311). Während Avia und Agrola reduzierten, baute Ruedi Rüssel das Netz aus.  
(Medienmitteilung Erdöl-Vereinigung 24.02.15)

- 22.02. Swiss-Moto knackt die 70'000er Marke** – Die Motorrad-, Roller- und Tuning-Show Swiss-Moto hat vom 19. Bis 22. Februar erfolgreich die neue Motorradsaison eröffnet. Dabei schlug das diesjährige Ausstellungsangebot mit 70'500 Besucherinnen und Besuchern alle bisherigen Rekorde. Damit übertraf der grösste Schweizer Motorradevent den Besucherrekord von 2011 (69'200) und knackte erstmals die 70'000er-Marke. Die Trends der zwölfte Auflage dieser Motorradmesse waren unverschaltete, attraktiv gestylte und individuell anpassbare Allrounder in sämtlichen Hubraumklassen sowie eine neue kostengünstige Einsteiger-Klasse im Bereich von 300 bis 400 ccm Hubraum. (Info Swiss-Moto 22.02.15)
- 19.02. Referendum gegen die Vorlage zur Sanierung des Gotthard-Strassentunnels** – Das Referendum gegen die Änderung vom 26. September 2014 des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet (STVG) (Sanierung Gotthard-Strassentunnel) ist formell zustande gekommen. Von den 76'228 Unterschriften, die bei der Bundeskanzlei eingereicht worden sind, sind 75'852 gültig. (Info Schweiz. Bundeskanzlei 19.02.15; BBl 2015 S. 1751)
- 19.02. Anzahl Ausweiszüge leicht angestiegen** – Insgesamt 77'759 Personen mussten 2014 in der Schweiz wegen Fehlverhalten ihren Führerausweis abgeben; das sind 2,7 Prozent mehr als 2013. Hauptgründe waren überhöhte Geschwindigkeit und Fahren in angetrunkenem Zustand. Das zeigen die neusten Zahlen aus dem Administrativmassnahmenregister (ADMAS) des Bundesamts für Strassen (ASTRA). (Info ASTRA 19.02.15)
- 18.02. Botschaft zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds verabschiedet** – Der Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) dient dazu, strukturelle Mängel zu beheben sowie die Finanzierung der Nationalstrassen und der Bundesbeiträge für Verkehrsprojekte in den Agglomerationen dauerhaft zu sichern. Der NAF wird in der Verfassung verankert und mit bestehenden und neuen Einnahmen zweckgebunden alimentiert. Um die sich gemäss Berechnungen des UVEK abzeichnende Finanzierungslücke zu decken, sollen dem NAF die Erträge aus der Automobilsteuer zufließen. Zudem soll der Mineralölsteuerzuschlag um 6 Rappen pro Liter erhöht werden. Im Kern geht es darum, die jährlichen Aufwendungen für den Strassenverkehr um eine Milliarde Franken (plus 25 Prozent) zu erhöhen. Der Bundesrat hat heute die entsprechende Botschaft an das Parlament verabschiedet. **strasseschweiz** hat die Schaffung eines NAF in einer ersten Stellungnahme begrüsst. Hingegen wendet er sich zusammen mit den Mitglieder- und Partnerorganisationen gegen eine Erhöhung des Mineralölsteuerzuschlags. Dies insbesondere auch deshalb, weil mit jeder Steuererhöhung wegen dem Tanktourismus ein grosser Teil der vermeintlichen Mehrerträge in das Ausland abfließt. (Info BuRa 18.02.15; Info strasseschweiz 18.02.18; NZZ 19.02.15)
- 17.02. Nichtberufsunfälle kosten jährlich mehr als 10 Milliarden Franken** – Jedes Jahr verunfallen in der Schweiz über eine Million Menschen in ihrer Freizeit. Diese Unfälle verursachen nebst grossem Leid auch hohe Kosten. Die bfu – Beratungsstelle für Unfallverhütung hat in einer neuen Studie berechnet, dass sich diese Kosten auf jährlich über 10 Milliarden Franken belaufen. Die materiellen Kosten umfassen dabei die medizinischen Heilungskosten, den Produktionsausfall, die Wiederbesetzungskosten, die Administrativkosten, die Polizei- und Rechtsfolgekosten sowie die Sachschäden. Der

Strassenverkehr ist für 42 Prozent (oder 4,4 Mrd. Franken) der materiellen Kosten verantwortlich, obwohl sich dort nur gerade 8 Prozent aller Unfälle ereignen. Danach folgen Haus- und Freizeitunfälle mit 37 Prozent (oder 3,9 Mrd. Franken) und Sportunfälle mit 21 Prozent (oder 2,2 Mrd. Franken); deren Anteile am Gesamtunfallgeschehen belaufen sich auf 53 respektive 40 Prozent. Grund dafür ist, dass die durchschnittliche Verletzungsschwere und damit auch die durchschnittlichen Kosten pro Verunfallte im Strassenverkehr klar am höchsten sind. Verstärkt wird dieser Effekt noch dadurch, dass Sachschäden nur für diesen Bereich berechnet werden können.  
(bfu-Info 17.02.15)

#### 11.02. **Staatsrechnung 2014 mit einer roten Null – Korrekturen im Budget 2016 notwendig**

– Der Bundesrat hat heute das Ergebnis der Staatsrechnung 2014 zur Kenntnis genommen und den finanzpolitischen Rahmen für den nächsten Budgetprozess festgelegt. Der Bundeshaushalt schliesst das Jahr 2014 mit einem Defizit von 124 Millionen Franken ab. Budgetiert war ein Überschuss von 121 Millionen Franken. Im Hinblick auf das Budget 2016 und den Legislaturfinanzplan 2017-2019 hat der Bundesrat wegen den verschlechterten Perspektiven Bereinigungsmassnahmen im Umfang von 1,3 Milliarden Franken beschlossen. Unter anderem soll die Einlage in den Infrastrukturfonds, der eine hohe Liquidität ausweist, gegenüber der aktuellen Planung gekürzt werden.

(Medienmitteilung Bundesrat 11.02.15)

#### 11.02. **Erleichterungen bei den Arbeits- und Ruhezeitvorschriften für gewisse Transporte**

– Der Bundesrat hat entschieden, dass Transporte von Material und Ausrüstungen unter gewissen Voraussetzungen von der Chauffeurverordnung ausgenommen werden. Diese Erleichterung gilt, wenn das Gesamtgewicht des Fahrzeugs oder der Fahrzeugkombination 7,5 Tonnen nicht übersteigt, der Transport nicht der Hauptzweck der Berufsausübung ist und innerhalb eines Umkreises von maximal 100 Kilometer vom Standort des Unternehmens erfolgt. Von dieser Erleichterung profitieren insbesondere KMU-Handwerksbetriebe. Die Neuerung tritt am 1. Mai 2015 in Kraft.

05.02. **Fahrzeugbestand wächst trotz Rückgang bei den Neuzulassungen** – 2014 wurden in der Schweiz 396'588 motorisierte Strassenfahrzeuge neu in Verkehr gesetzt, davon 304'083 Personenwagen. Das sind 1,4 Prozent weniger als im Jahr 2013. Nichtsdestotrotz wuchs der Gesamtbestand an Strassenfahrzeugen weiter an und erreichte am langjährigen Stichtag des 30. September knapp 5,8 Millionen Fahrzeuge (ohne Motorräder). Das sind 1,6 Prozent oder 90'442 Fahrzeuge mehr als im Jahr zuvor. 2014 kamen auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner durchschnittlich 539 Personenwagen, das ist etwas mehr als ein Fahrzeug auf zwei Personen. Bei den Personenwagen hat sich der Trend hin zu Dieselmotoren fortgesetzt. Die Anzahl dieselbetriebener Fahrzeuge überstieg 2013 erstmals die Millionengrenze und legte 2014 nochmals um 8,5 Prozent zu, was ein Total von 1'123'676 Fahrzeugen ergibt. Damit beträgt der Anteil Dieselfahrzeuge 25,6 Prozent der schweizerischen Personenwagenflotte. Auch Elektro (+65,4%) und Hybridmotoren (+18,2%) werden immer mehr nachgefragt, obschon ihre Anteile noch sehr gering sind. Bezüglich Farbe erfreuen sich seit 2007 weisse Fahrzeuge wachsender Beliebtheit. Dies geht aus der vom Bundesamt für Statistik (BFS) publizierten Strassenfahrzeugstatistik hervor.

(Info BFS 05.02.15)

- 03.02. Tiefe Treibstoffpreise führen in der Schweiz nicht zu höherer Nachfrage** – In der letzten Halbjahresfrist sind Benzin und Diesel in der Schweiz um ein Fünftel billiger geworden. Noch Mitte Juni 2014 hatte der Liter Benzin Bleifrei 95 gemäss Erhebungen des TCS im Schnitt 1 Franken 78 gekostet und der Liter Diesel 1 Franken 84. Bis ins letzte Drittel des Januars 2015 waren diese Preise auf 1 Franken 40 beziehungsweise 1 Franken 47 gesunken. Gemäss Feststellungen der Erdölvereinigung haben die tiefen Treibstoffpreise den Konsum nicht erhöht. Auch bei den SBB heisst es, der tiefe Benzinpreis habe keine Auswirkungen auf die Nachfrage.  
(NZZ 03.02.15)
- 28.01. Bundesrat verabschiedet den Schweizer Umweltbericht** – Erfolge bei der Bekämpfung von Schadstoffen in der Luft und im Wasser, grosse Herausforderung in der Klimapolitik, bei der Erhaltung der Biodiversität und bei der Beanspruchung natürlicher Ressourcen: So lautet die durchgezogene Bilanz des Berichts „Umwelt Schweiz 2015“, den der Bundesrat verabschiedet hat. Der Zustand der Umwelt hat sich dank den Massnahmen der letzten Jahrzehnte und der Investitionen im Umweltbereich in mehrfacher Hinsicht verbessert. So hat die Schadstoffbelastung in verschiedenen Bereichen abgenommen, und die Luft ist in der Schweiz deutlich sauberer geworden. Allerdings liegt die Belastung mit Feinstaub, Ozon und Stickoxiden weiterhin über den gesetzlichen Immissionsgrenzwerten.  
(Bafu-Info 29.01.15)
- 21.01. Verlängerung des ersten Nachprüfintervalls von Personewagen** – Personewagen und Motorräder müssen periodisch überprüft werden. Da sie heute dank des technischen Fortschritts höheren Standards entsprechen als früher, hat der Bundesrat beschlossen, dass die erste periodische Nachprüfung künftig erst fünf Jahre, spätestens aber bis zum sechsten Jahr nach der ersten Inverkehrsetzung erfolgen muss. Leichte Transportanhänger mit einem Gesamtgewicht bis höchstens 750 kg werden von der periodischen Nachprüfungspflicht ganz befreit. Bei den mittelschweren Anhängern (Gesamtgewicht über 750 kg, aber nicht mehr als 3,5 Tonnen) werden das dritte und alle folgenden Prüfintervalle um ein Jahr gekürzt. Diese Änderungen treten am 1. Februar 2017 in Kraft.  
Mit den vom Bundesrat beschlossenen Änderungen werden zudem die weiterentwickelten technischen Anforderungen der EU an die Geräusentwicklung von Motorrädern übernommen. Damit kann ab 2017 die Zulassung von Motorrädern verboten werden, die mit Systemen ausgerüstet sind, die nur dazu dienen, mehr Lärm zu erzeugen (sogenannte „auspuffklappensteuerungen“).  
Ausserdem werden die Vergabekriterien für Händlerkontrollschilder erweitert. Ab dem 1. April 2015 wird für die Anzahl Händlerschilder pro Betrieb neu auch die Zahl der verkauften leichten Motorwagen als Kriterium berücksichtigt. So können auch reine Autohändlerbetriebe mehrere Händlerschilder beziehen und mehreren Kaufinteressenten ein Fahrzeug für Probefahrten überlassen.  
(news.admin 21.01.15)
- 21.01. Teilrevision des Mineralölsteuergesetzes: Ergebnisse der Vernehmlassung** – Der Bundesrat hat von den Ergebnissen der Vernehmlassung zur Teilrevision des Mineralölsteuergesetzes Kenntnis genommen. Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) wurde beauftragt, bis spätestens Anfang März 2015 eine Botschaft auszuarbeiten. Die Anpassungen betreffen einerseits die teilweise Befreiung der Treibstoffe für



Pistenfahrzeuge von der Mineralölsteuer und andererseits eine Kompetenzdelegation an die Steuerbehörde für gewisse Steuerbefreiungen (z. B. bei diplomatischen oder konsularischen Beziehungen).

(news.admin 21.01.15)

- 15.01. **1000 Stromtankstellen in der Schweiz** – Das Netz öffentlich zugänglicher Ladestationen für Elektrofahrzeuge wächst schnell: Aktuell sind in der Schweiz bereits 1000 dieser Stromtankstellen installiert und seit Neustem in der ersten nationalen Datenbank – der LEMnet.org-Datenbank – erfasst. Mehr als 70 Stationen sind mit Gleichstrom für die Schnellladung der Fahrzeugbatterien ausgestattet. Damit ist die Schweiz weltweit eines der Länder mit der höchsten Stromtankstellen-Dichte. Dank der Initiative mehrerer Firmen wächst das Netz der Schnellladestationen rasch weiter.

(Info e'mobile 15.01.15)

- 14.01. **Bundesrat genehmigt generelles Projekt für Vollanschluss Alpnach Süd** – Der Bundesrat stimmt der Erweiterung des bestehenden Halbanschlusses zum Vollanschluss Alpnach Süd zu. Die beiden neuen Rampen von und nach Luzern bringen Alpnach eine markante Verkehrsentlastung. Die Kosten für das Vorhaben belaufen sich auf rund 6,35 Millionen Franken.

(Info ASTRA 14.01.15)

- 13.01. **Klares Nein zur Milchkuh-Initiative** – Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständerats lehnt es mit 9 zu 4 Stimmen ab, die Beratung der Volksinitiative „Für eine faire Verkehrsfinanzierung“ bis zum Vorliegen des Entwurfs zur Einrichtung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF) auszusetzen. Sie beantragt mit 9 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen, diese Volksinitiative abzulehnen und rasch dem Volk zum Entscheid vorzulegen. Die KVF-SR hatte Vertreterinnen und Vertreter des Initiativkomitees, der Kantone, der Verkehrs- sowie der Wirtschaftsverbände (u.a. strasseschweiz) angehört.

(Info KVF-SR 13.01.15)

- 13.01. **Alle Bahnübergänge der SBB sind saniert** – Die SBB haben alle gefährlichen Bahnübergänge saniert. Auf ihrem Netz gebe es seit Ende 2014 keine ungesicherten Bahnübergänge mehr, teilen die SBB mit. Allerdings sind noch zahlreiche Übergänge anderer Bahnunternehmen nicht gesichert. Seit 2004 wurden nach Angaben der SBB rund 550 Bahnübergänge saniert. Je nach Situation wurden die Bahnübergänge aufgehoben und zum Teil mit einer Unterführung ersetzt. Andere Bahnübergänge wurden mit Signalen (Andreaskreuz), technischen Sicherungsanlagen wie Licht- oder akustischen Signalen oder automatischen Schranken ausgerüstet. In wenigen Fällen bestehen zurzeit Geschwindigkeitseinschränkungen für die Züge. Das SBB-Netz zählt derzeit 1160 Bahnübergänge

(BaZ 14.01.15; SBB-Info 13.01.15)

- 13.01. **„Betriebsunterbruch“ bei Walliser Raffinerie** – Die Tamoil SA unterbricht ab Ende März 2015 den Betrieb ihrer Raffinerie in Collombey-Muraz (VS) auf unbestimmte Zeit. Die Raffinerie habe in den letzten Jahren erhebliche Verluste verzeichnet, hielt Tamoil SA in einer Medienmitteilung fest. In den letzten Jahren habe der Schweizer Raffineriemarkt unter starken Spannungen gelitten. Diese seien durch einen steigenden Import von fertigen Erdölprodukten, eine rasant sinkende Nachfrage nach Treib-

stoff und zunehmenden Regulierungskosten bedingt gewesen. Deshalb sei die Fortführung des Raffineriebetriebs in Collombey-Muraz zurzeit wirtschaftlich nicht tragbar. Die Dauer des Betriebsunterbruchs könne nicht angegeben werden.

Die Raffinerie im Wallis verfügt über eine Kapazität von 55'000 Barrel pro Tag und ist eine von nur zwei Anlagen in der Schweiz. Gemeinsam decken die beiden Raffinerien laut Angaben der Erdöl-Vereinigung rund 40 Prozent des in der Schweiz benötigten Treibstoffs.

(NZZ 14.01.15)

- 13.01. **Widerstand gegen die 2. Röhre am Gotthard-Strassentunnel** – Das Referendum gegen den Bau des zweiten Strassentunnels am Gotthard steht. Der Verein „Nein zur zweiten Gotthardröhre“ hat 75'700 beglaubigte Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Nach eigenen Angaben seien 125'000 Unterschriften gesammelt worden. (NZZ 14.01.15)
- 09.01. **110'000 Lastwagen verladen** – Auf der rollenden Autobahn durch die Alpen sind im vergangenen Jahr 110'000 Lastwagen transportiert worden. Dies sind 1,1 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die Züge der Betreiberin RALpin waren zu 87 Prozent ausgelastet. 99'300 der transportierten Lastwagen wurden zwischen Freiburg in Deutschland und Novara in Italien oder umgekehrt transportiert. Der Rest wurde zwischen Basel und Lugano verschoben. (NZZ 10.01.15)
- 08.01. **2014 war ein gutes Autojahr** – Die in der Importeursvereinigung auto-schweiz zusammengeschlossenen Importeure blicken auf ein gutes Autojahr zurück. Die Jahresbilanz (301'942 Neufahrzeuge) verzeichnet zwar einen leichten Rückgang von 1,9 Prozent gegenüber 2013 (307'885), dies entspricht jedoch lediglich einem Minus von knapp 6'000 Autos. Das Ergebnis ist nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, dass viele Kunden ihr neues Auto aus wirtschaftlichen Gründen noch 2014 einlösen wollten, bevor die CO<sub>2</sub>-Sanktionen im Jahr 2015 zu hundert Prozent wirksam werden. Bei den Neuzulassungen liegt der 4x4-Anteil mittlerweile bei 38,5 Prozent. In diesem Segment wurde die Millionengrenze bereits 2013 erreicht; zurzeit bewegen sich auf den Schweizer Strassen mehr als 1,1 Millionen Allrad-Personenwagen. (Info auto-schweiz, Januar 2015)
- 06.01. **Mehr Gefahren im Verkehr gemeldet** – Noch nie hat Viasuisse, die nationale Kompetenzzentrale für Verkehrsinformationen, so viele Gefahrenmeldungen erhalten wie 2014. Sie verzeichnete insgesamt 126 Falschfahrer, was gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme von rund 17 Prozent entspricht. Die Anzahl Velofahrer, die sich auf Autobahnen verirrt, nahm ebenfalls zu. Es kamen beinahe doppelt so viele Meldungen über Personen auf der Fahrbahn rein: 271 im Gegensatz zu 143 im Vorjahr. (NZZ 06.01.15)
05. 01. **Neues Verkehrsregime in Basel** – Nach jahrelangem politischen Hin und Her dürfen ab dem heutigen Tag Autos von Privatpersonen nicht mehr in die Gross- und Kleinbasler Altstadt hineinfahren. Damit wird die autofreie Kernzone realisiert, die das Aktionsprogramm Stadtentwicklung Basel-Stadt bereits 1999 gefordert hatte. Vom neuen Verkehrskonzept werden rund 140 Strassen erfasst. Entstanden sind neue Fussgänger- und Begegnungszonen, denen auch Dutzende von Parkplätzen auf der Allmend wei-

chen mussten. Dennoch werden weiterhin Autos in der autofreien Kernzone verkehren. So beispielsweise rund um die Uhr Taxis, welche Kunden abholen oder zubringen. Zudem steht für Lieferanten von Geschäften und Restaurants ein Fenster zwischen 5 bis 11 Uhr offen.

(BaZ 05.01.15)

strasseschweiz/Kr; 05.01.2016

**Stichwortverzeichnis 2015****05.01.2016**

<b>Verkehr</b>	<b>(Datum)</b>
Agglomerationsverkehr; Zürich bewilligt 120-Millionen-Kredit für die Veloförderung	14.06.
Automobilsalon; 85. Internationaler Automobilsalon in Genf öffnet die Tore	05.03.
Automobilsalon; Der Automobilsalon bleibt ein Publikumsmagnet	15.03.
Automobiltechnik; UVEK bewilligt Pilotprojekt für Test mit autonomem Fahrzeug	28.04.
Automobiltechnik; Selbstfahrendes Auto in Zürich unterwegs	12.05.
Automobilwirtschaft; 2014 war ein gutes Autojahr – Trotz leichtem Rückgang der Verkaufszahlen herrscht Zufriedenheit bei den Importeuren	08.01.
Automobilwirtschaft; WEKO revidiert die KFZ-Bekanntmachung und deren Erläuterungen	29.06.
Fahrradverkehr; Velo-Initiative – Der Bund soll mehr für Veloverkehr tun	05.03.
Gotthard-Strassentunnel; Widerstand gegen die 2. Röhre am Gotthard-Strassentunnel; Unterschriften zum Referendum eingereicht	13.01.
Gotthard-Strassentunnel; Referendum gegen die Vorlage zur Sanierung des Gotthard-Strassentunnels; Unterschriftenzahl	19.02.
Gotthard-Strassentunnel; Mehr als 45 Stunden Stau am Gotthard	06.04.
Gotthard-Strassentunnel; Der Gotthardtunnel fällt im europäischen Vergleich ab; Schlusslicht in einer deutschen Studie zur Tunnelsicherheit	30.07.
Güterverkehr; Nationalrat verbessert Bedingungen für den Schienengüterverkehr; Revision des Gütertransportgesetzes	19.03.
Güterverkehr; Alpenquerender Verkehr. Weniger Lastwagen	08.04.
Güterverkehr; Laut Ständerat soll der Güterverkehr Kernaufgabe der SBB bleiben	04.06.
Güterverkehr; Zugang zum Strassenverkehrsmarkt mit neuen Regeln ab Januar 2016; BG über die Zulassung als Strassentransportunternehmen STUG, Personenbeförderungsgesetz PBG	02.09.
Güterverkehr; Gütertransport bleibt Kernaufgabe der SBB; Nationalrat hat dem Ständerat nachgegeben	10.09.
Güterverkehr; Parlament verabschiedet Revision des Gütertransportgesetzes	25.09.
Güterverkehr; Zusätzliche Massnahmen zur Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs; Verlagerungsbericht 2015	04.12.
Güterverkehr; Mehr Güterverkehr auf Strasse und Schiene denn je; Güterverkehrsstatistik 2014	07.12.
Kombinierter Verkehr; 110'000 Lastwagen verladen, Zahlen 2014	09.01.
Motorfahrzeugbestand; Fahrzeugbestand wächst trotz Rückgang bei den Neuzulassungen	05.02.
Nationalstrassen; Pannestreifen können genutzt werden	25.09.

Nationalstrassenbau; Bundesrat genehmigt generelles Projekt für Vollanschluss Alpnach Süd	14.01.
Nationalstrassenbau; Bundesrat gibt grünes Licht für den Halbanschluss Grono	11.12.
Nationalstrassenbau; Sechsspurausbau von A1-Abschnitt Luterbach-Härkingen genehmigt	18.12.
NEAT; Erster Durchschlag im Ceneri; Weströhre gegen Süden offen	17.03.
NEAT; Bau der NEAT kostet weniger als geplant	02.04.
NEAT; Bericht der Neat-Aufsichtsdelegation der eidg. Räte	04.08.
Öffentlicher Verkehr; Alle Bahnübergänge der SBB sind saniert	13.01.
Öffentlicher Verkehr; Mehr Fluss im Zürcher Verkehr – Die Zürcher Durchmesserlinie (DML) ist komplett	26.10.
Öffentlicher Verkehr; 13,2 Milliarden für die Bahn; Zahlungsrahmen für die Eisenbahninfrastruktur 2017 bis 2020 in der Anhörung	26.10.
Parkplatzbewirtschaftung; Kantonale Parkplatzgebühr im Tessin	21.12.
SBB AG; SBB wollen die Kosten senken; bis 2020 werden mindestens 900 Stellen gestrichen	05.11.
Service public; Service public soll nicht in die Verfassung; Nationalrat tritt nicht auf die Vorlage ein	11.03.
Service public; Nationalrat versenkt den Grundversorgungsartikel	08.09.
Service public; Service-public-Initiative im Nationalrat chancenlos	14.09.
Service public; Schlussabstimmung der Eidg. Räte zur Initiative „Pro Service public“	25.09.
Strassenbau; Allschwil erhält eine Umfahrungsstrasse; Deutliches Verdikt der Baselbieter Stimmberechtigten zu einer Initiative	08.03.
Strassenbau; Volk gegen den Stadttunnel Zug; Bittere Niederlage für Kantons- und Stadtregierung	14.06.
<b>strasseschweiz</b> ; Licht am Ende des Tunnels – 70. Mitgliederversammlung von <b>strasseschweiz</b>	24.06.
SVG; Verlängerung des ersten Nachprüfintervalls von Personenwagen; Beschlüsse des Bundesrats	21.01.
SVG; Erleichterungen bei den Arbeits- und Ruhezeitvorschriften für gewisse Transporte	11.02.
SVG; Anzahl Ausweisenzüge leicht angestiegen; Zahlen 2014 des ADMAS-Registers	19.02.
SVG; Bundesrat beschliesst Erleichterungen für gewisse Elektrofahrzeuge	15.04.
SVG; Angetrunkene Fahrer werden härter bestraft; Neue Empfehlungen der Konferenz der Schweizer Staatsanwälte	17.05.
SVG; Bundesrat streicht veraltete Verkehrsregeln	24.06.
SVG; Bundesrat verbessert Fahreignungsabklärungen	01.07.
SVG; Alkohol im Strassenverkehr: Atemprobe statt Blutprobe ab dem 1. Oktober 2016	01.07.
SVG; Mehr Autos auf die Geschwindigkeit kontrolliert	02.09.

---

SVG; Bundesrat soll für Abkommen über Lenk- und Ruhezeiten der Berufsfahrer zuständig bleiben	11.09.
SVG; Erstes Alkoholmessgerät erhält die Zulassung	07.10.
SVG; Verordnungen für Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten angepasst	18.11.
SVG; Umtausch von Führerausweisen zwischen der Schweiz und Italien wird vereinfacht	04.12.
Swiss-Moto; Swiss-Moto knackt die 70'000er Marke - Motorrad-, Roller- und Tuning-Show in Zürich	19.02.
Velo-Initiative; 100'000 Unterschriften für Velo-Initiative sind gesammelt	10.10.
Verkehrsentwicklung; Wiederum mehr Staus auf Schweizer Nationalstrassen; Verkehrsflusszahlen des ASTRA für 2014	02.04.
Verkehrsentwicklung; 3,8 Mio. pendeln jeden Tag zur Arbeit; Studie des BfS zur Arbeitsmobilität	24.06.
Verkehrssicherheit; Mehr Gefahren im Verkehr gemeldet. Bilanz von Viasuisse	06.01.
Verkehrssicherheit; Wieviel ein Verkehrsunfall die Allgemeinheit kostet; Live-Simulation einer Fahrzeugkollision in Lausanne	25.03.
Verkehrssicherheit; Strassenverkehr fordert 2014 weniger Tote und Schwerverletzte	26.03.
Verkehrssicherheit; Senioren bauen immer mehr Autounfälle	03.05.
Verkehrssicherheit; bfu-Sicherheitsanalyse zu E-Bikes im Strassenverkehr; Das Risiko von Selbstunfällen wird unterschätzt	23.06.

<b>Energie</b>	(Datum)
Elektromobile; 1000 Stromtankstellen in der Schweiz. Erste nationale Datenbank LEMnet.org in Betrieb	15.01.
Elektromobile; Bundesrat beschliesst Erleichterungen für gewisse Elektrofahrzeuge	15.04.
Elektromobile; Kein Masterplan E-Mobilität	14.05.
Elektromobile; Keine Zuschüsse für Elektro-Autos im Kanton Tessin	14.06.
Energiestrategie 2050; Bundesrat eröffnet Vernehmlassung für ein Klima- und Energielenkungssystem	13.03.
Energiestrategie 2050: Nüchternes Ja im Ständerat zur Energiewende	21.09.
Energiestrategie 2050: Verteuerung von Benzin als Option; Bundesrat verabschiedet Botschaft über ein Klima- und Energielenkungssystem	18.10.
Reserven; Neue Pflichtlagerorganisation Erdgas; Bundesrat heisst Totalrevision der Verordnung über die Pflichtlagerhaltung von Erdgas gut	20.05.
Treibstoffe; „Betriebsunterbruch“ bei Walliser Raffinerie von Tamoil SA	13.01.
Treibstoffe; Tiefe Treibstoffpreise führen in der Schweiz nicht zu höherer Nachfrage	03.02.
Treibstoffe; Weniger Tankstellen in der Schweiz	24.02.
Treibstoffe; Bundesrat verzichtet auf Erhöhung der Mineralölsteuer zur Kompensation der Ausfälle aus der Förderung biogener Treibstoffe	25.02.
Treibstoffe; Pflichtlager für Benzin und Diesel angezapft	27.10.
Verbrauch; Neuwagen verbrauchen durchschnittlich noch 6,11 Liter Benzin pro 100 km	11.06.
Verbrauch; Energieverbrauch 2014 um 7,7 Prozent gesunken	25.06.

<b>Umwelt</b>	(Datum)
Abgasvorschriften; Manipulationen bei den Abgaswerten; ASTRA erlässt Zulassungsverbot für Neufahrzeuge	05.10.
Abgasvorschriften; Zulassung für VW-Nutzfahrzeuge wieder möglich; ASTRA aktualisiert die Weisung an die Strassenverkehrsämter	20.10.
Abgasvorschriften; Die EU führt Strassentests für Dieselaautos ein; Real Driving Emission-Messungen RDE ab 2017	28.10.
Abgasvorschriften; VW drohen Nachforderungen; Steuern mit falschen CO <sub>2</sub> -Emissionswerten gespart	05.11.
Abgasvorschriften; Abgasaffäre weitet sich aus; Renault rückt in den Fokus	25.11.
Abgasvorschriften; Volkswagen gibt Entwarnung; CO <sub>2</sub> -Werte sollen bei den meisten Modellen korrekt sein	10.12.
CO <sub>2</sub> -Abgabe: CO <sub>2</sub> -Emissionen von Neuwagen 2014 ; Importeure erreichen das Zwischenziel	11.06.
Emissionen; Leichter Anstieg der Treibhausgasemissionen; Zahlen für 2013 liegen vor	27.04.
Immissionen; Bundesrat verabschiedet den Schweizer Umweltbericht 2015	28.01.
Immissionen; Europäischer Umweltbericht: gute und weniger gute Noten für die Schweiz	03.03.
Immissionen; Die Luft ist sauber wie nie – Nabel-Zahlen 2014	26.07.
Immissionen: Das Ziel einer sauberen Luft ist noch lange nicht erreicht; NABEL-Bericht 2014 liegt vor	23.10.
Initiative „Grüne Wirtschaft“: Nationalrat tritt auf Gegenvorschlag zur Initiative „Grüne Wirtschaft“ ein; Stichentscheid des Präsidenten	18.06.
Initiative „Grüne Wirtschaft“: Umweltschutzgesetz stürzt ab; Der Nationalrat sagt Nein zum Gegenvorschlag zur Initiative „Grüne Wirtschaft“	14.09.
Initiative „Grüne Wirtschaft“: „Grüne Wirtschaft“ vor dem Aus; Nationalrat lehnt die Initiative der Grünen ab	01.12.
Klimaveränderung; Schweiz will Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 Prozent senken	27.02.
Klimaveränderung; Änderungen von Doha in den Eidgenössischen Räten genehmigt; Kyoto-Protokoll in der Verpflichtungsperiode 2012-2020	20.03.
Klimaveränderung; Kurs auf das Zwei-Grad-Ziel; Klimakonferenz in Paris	30.11.
Klimaveränderung; Weltklimagipfel in Paris billigt weltweites Klimaschutzabkommen	12.12.
Lärm; Lärm auf Nationalstrassen: Aktueller Stand und Ausblick	31.03.
Raumplanung; Bodennutzung in der Schweiz 1985 bis 2009. Mehr Platzbedarf für Wohnen und Mobilität	09.03.
Smog; Smog-Tempo auf den Autobahnen im Kanton Genf	17.03.
Smog; Feinstaub-Alarm im Südtessin	02.12.



Tempobeschränkung; Initiative für Tempo 140 ist gescheitert	13.11.
Umweltschutzgesetz: Ständerat lehnt Verschärfung des Umweltschutzgesetzes ab	03.12.
Verkehrsbeschränkung; Neues Verkehrsregime in Basel. Die Innenstadt ist für motorisierte Privatfahrzeuge gesperrt	05.01.
Verkehrsbeschränkung; Deutliches Nein zu Parkplatzabbau in Basel; Basler Stimmbevölkerung lehnt Strassen-Initiative und Gegenvorschlag ab	15.11.
Verkehrsbeschränkung; Stadt Luzern lehnt SVP-Verkehrinitiative ab	15.11.

<b>Finanzen</b>	(Datum)
Abgeltung Regionalverkehr: Mehr Millionen für Regionalzüge	18.11.
Bundesfinanzen; Staatsrechnung 2014 mit einer roten Null – Korrekturen im Budget 2016 notwendig	11.02.
Bundesfinanzen; Parlamentarisches Drama um das Mini-Sparprogramm KAP ist zu Ende	16.06.
Bundesfinanzen; Entlastungsprogramm 2017 bis 2019 für den Bundeshaushalt in der Vernehmlassung	26.11.
Eisenbahnrechnung; Der Verkehr verursacht jährliche Kosten von 95 Milliarden Franken; Kosten und Finanzierung des Verkehrs 2010	14.04.
FABI; Steuerabzug für Fahrkosten: Obergrenze von 3000 Franken gilt beim Bund ab 2016	10.03.
FABI; Bundesrat regelt die Umsetzung der FABI-Vorlage: Verordnungen zu FABI Gebühren	14.10.
Kostenwahrheit; Nichtberufsunfälle kosten jährlich mehr als 10 Milliarden Franken; bfu-Studie zu Kosten von Unfällen in Strassenverkehr, Sport, Haus und Freizeit	17.02.
Lenkungsabgaben; Schweizer Volk rüttelt an der Energiewende; fanales Ergebnis für die Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“	08.03.
Lenkungsabgaben; 2050: Verteuerung von Benzin als Option; Bundesrat verabschiedet Botschaft über ein Klima- und Energielenkungssystem	18.10.
LSVA; Zusätzliche Massnahmen zur Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs; Verlagerungsbericht 2015	04.12.
Milchkuh-Initiative; Klares Nein zur Milchkuh-Initiative – Die KVF-SR lehnt gleichzeitige Behandlung mit der NAF-Vorlage ab	13.01.
Milchkuh-Initiative; Der Ständerat lehnt die Milchkuh-Initiative ab	11.03.
Milchkuh-Initiative; Verkehrskommission des Nationalrats sagt Nein zur Milchkuh-Initiative	24.03.
Milchkuh-Initiative; Nationalrat lehnt „Milchkuh-Initiative“ ab	03.06.
Mineralölsteuer; Teilrevision des Mineralölsteuergesetzes: Ergebnisse der Vernehmlassung	21.01.
Mineralölsteuer; Bundesrat verzichtet auf Erhöhung der Mineralölsteuer zur Kompensation der Ausfälle aus der Förderung biogener Treibstoffe	25.02.
Mineralölsteuer; Botschaft zur Teilrevision des Mineralölsteuergesetzes; Steuerbefreiung für Treibstoffe von Pistenfahrzeugen	06.03.
Mineralölsteuer; Nationalrat für Lex „Pistenfahrzeug“; Keine Mineralölsteuer für Pistenfahrzeuge	24.09.
Motorfahrzeugsteuer; Keine Zuschüsse für Elektro-Autos im Kanton Tessin	14.06.

---

Motorfahrzeugsteuer; Walliser Stimmvolk sagt Ja zu höheren Motorfahrzeugsteuern	29.11.
NAF; Botschaft zum Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds verabschiedet; Für <b>strasseschweiz</b> ist die Vorlage noch nicht mehrheitsfähig	18.02.
NAF; Verkehrskommission will höheren Anteil der Mineralölsteuer für die Strassenfinanzierung	19.08.
NAF; Ständerat weist den Netzbeschluss an die vorberatende Kommission zurück	17.09.
Pendlerabzug; Referendum gegen Pendlerabzug im Kanton Thurgau gescheitert	08.08.
Pendlerabzug; Kanton St. Gallen: Tieferen Steuerabzug für Pendler gutgeheissen	15.11.
Road Pricing; Wer viel fährt, soll auch mehr bezahlen; Mobility Pricing als Rezept gegen Staus und überfüllte Züge	27.05.
SBB-Leistungsauftrag; Eine Milliarde mehr für den Schienenunterhalt	03.09.
Strassen- und Autosteuern; . 9,2 Milliarden Franken Strassen- und Autosteuern des Bundes im Jahr 2014	13.04.
Strassenrechnung; Der Verkehr verursacht jährliche Kosten von 95 Milliarden Franken; Kosten und Finanzierung des Verkehrs 2010	14.04.
Strassenrechnung; Kosten und Finanzierung des Verkehrs 2012; Bericht des Bundesamts für Statistik	10.12.
Verkehrsinfrastrukturfinanzierung; Zwei Milliarden Franken für Bau, Ausbau und Unterhalt der Nationalstrassen	03.03.
Zweckbindung; Finanzkontrolle erhebt Mahnfinger zur Verwendung von Strassengeldern	26.02.